Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 69. Morgen-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 10. Februar 1865.**

Das unglückliche England.

Das englische Parlament ist am 7. d. eröffnet worden; die Thronrede, welche wir unter England bringen, ist so farb- und inhaltslos, daß ihre Wiedergabe kaum der Mühe werth wäre, wenn es nicht die Gewohnheit mit sich brächte, derartige Aktenstücke der Zeitungswelt mitzutheilen.

Ihre Majestät lebt mit aller Welt in Frieden; der Krieg zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark hat ein Ende genommen, und Ihre Majestät hegt die begründete Hoffnung, daß eine neue Störung des europäischen Friedens nicht zu befürchten steht. Was Nordamerika betrifft, so behauptet Ihre Majestät unwandelbar ihre Neutralität zwischen den streitenden Parteien.

Das unglückliche England! In der ganzen Thronrede nirgends ein Wort von Ruhm und Sieg, außer wo von Japan die Rede ist; nirgends ein Wort von Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten; die unwandelbare Neutralität scheint überall das Losungswort; das neue England zieht sich auf sich selbst zurück und läßt die andern Staaten thun, was sie nicht unterlassen können.

Mag das ruhmgekrönte Frankreich seine Hand im äußersten Westen wie im äußersten Osten im Spiele haben und für die Gloire eine neue Milliarde von Schulden machen; mag das kaiserliche Frankreich hier ein Königreich stützen und dort ein Kaiserthum aufrichten; das arme England ist so weit herabgekommen, daß es sich nur noch um sich selbst bekümmert und unwandelbar neutral bleibt, selbst wenn das neue Kaiserthum in Amerika wieder zusammenstürzen sollte, wozu alle Aussicht vorhanden ist, sobald die nordamerikanische Union einigermaßen zur Ruhe gekommen.

In der That, so trocken, philisteriös, jeder Aufregung bar, ist selbst eine englische Thronrede lange nicht gewesen. Die Regierung dieses unglücklichen Landes hat keinen andern Gedanken, als das Wohlbefinden und den Wohlstand Ihrer Majestät Unterthanen zu vermehren; Entwickelung des Ackerbaues, des Handels und der Industrie — das sind die philisteriösen Ideen, von denen das englische Ministerium sich leiten läßt. Wenn wir bedenken, welche Aufregung bei uns die Gesetze über die Militärorganisation, über Zinsgarantien oder Anleihen für Eisenbahnen hervorbringen, so müssen wir das unglückliche Land bedauern, in welchem alles politische Leben sich concentrirt in den Gesetzvorschlägen zur Concentration aller Justiz- und Aequitäts-Höfe, in der Revision des Statutarrechtes, in der Verbesserung der Patent-Gesetzgebung, in dem Berichte des Untersuchungs-Ausschusses über die öffentlichen Schulen und anderem langweiligen Zeuge.

Nirgends existirt in dem unglücklichen England ein Conflict; die Machtbezirke des Ober- und des Unterhauses und des Ministeriums sind so scharf begränzt, daß es keinem der gesetzgebenden Faktoren auch nur in den Gedanken kommt, in den Bereich des Andern hinüberzugreifen. Da geht Alles wie am Schnürchen; was würde man in dem unglücklichen Lande zu einem Ministerium sagen, das eine Ausgabe machen wollte, die nicht vorher von dem so philisteriös rechnenden Unterhause bewilligt worden wäre. Welche Trockenheit und Langweiligkeit! Selbst zwischen dem Ober- und Unterhause kommt kein Conflict vor; auch wenn die Lords einmal Miene zur Opposition machen, da ist die in dem unglücklichen Lande zügellos freie Presse, welche so frech ist, daß sie, ohne von so exemplarischen Blättern, wie die „Provinzial-Corresp." und die „Nordd. Allg. Ztg." zurechtgewiesen zu werden, jede Opposition des Oberhauses beseitigt.

Und zu allen diesen unglücklichen Verhältnissen nehme man nun noch einen Mann wie Gladstone zum Finanzminister, der mit unleugbarem Triumphe die Thronrede sagen läßt, „daß die allgemeine Lage des Landes befriedigend ist, und daß die Staatseinkünfte die erwartete Höhe erreichen". Nun kann er wieder Steuer-Ermäßigungen eintreten lassen — denn eine andere Kunst kennt dieser traurige Finanzminister nicht. Schon im vorigen Jahre setzte er mehrere Steuer-Reductionen durch, und wenn auch die Thronrede diesesmal Ermäßigungen der Abgaben nicht geradezu verheißt, so klingt doch Alles so friedlich und so wohlhabend, so spricht sich doch überall eine solche Zufriedenheit mit dem Wohlbefinden Ihrer Majestät Unterthanen aus, daß Hundert gegen Eins zu wetten: dieser trocken zählende und rechnende Gladstone geht schon wieder mit einer solchen Steuer-Ermäßigung schwanger.

Das unglückliche England! Doch diese Hebung des Handels und der Industrie, diese Förderung des Wohlstandes, diese Eröffnung neuer Handelswege, diese unwandelbare Neutralität, diese Freiheit von allen inneren und äußeren Verwickelungen, kurz diese allseitige Blüthe — all' dieses Unglück, das die Engländer einzig und allein nach ihrer eigenen Ansicht dem Parlamentarismus zu verdanken haben wollen, das ließe sich ja noch ertragen, wenn nur nicht schließlich auch noch dieser Parlamentarismus dem unglücklichen Lande entrissen werden sollte. Aber die „Nordd. A. Z." duldet ihn nicht länger, die „Nordd. A. Z.", die bereits allen Parlamentarismus in Europa, wo sie ihn nur gefunden, ja selbst wo sie ihn nicht gefunden, hingerichtet hat, gelangt durch die haarscharfsten Untersuchungen zu dem Resultate, daß auch in England dem Parlamentarismus sein Grab gegraben sei.

Das ist der letzte Schlag, der dem unglücklichen Lande versetzt wird und von welchem es sich nie erholen kann. Vorläufig aber ist das Parlament am 7. d. eröffnet worden, und es hat allen Anschein, daß der Rath und der Beistand, den Ihre Majestät von den „Lords und den Gemeinen" erfordert, das materielle und das geistige Wohlbefinden Ihrer Majestät Unterthanen nach wie vor in parlamentarischem Wege und mit Gladstone'schen Steuer-Ermäßigungen fördern wird.

Breslau, 9. Februar.

Die Einbringung der Militärvorlage durch den Kriegsminister hat, wie uns aus Berlin geschrieben wird, einen überraschenden Eindruck gemacht. Zum erstenmale ist ein Gesetz ohne Motive vorgelegt worden, während man allgemein mindestens eine Aufzählung derjenigen Erfahrungen erwartet hatte, welche zu Gunsten der Reorganisation in dem letzten Feldzuge gemacht worden. In der Form weist der Entwurf einzelne Abweichungen von seinen Vorgängern nach, sein Inhalt ist genau derselbe wie der der früheren Vorlagen. Man gewann, heißt es in unserer Correspondenz weiter, aus dem ganzen Ton des Kriegsministers die Ueberzeugung, daß jene Gerüchte, welche über Meinungsverschiedenheiten im Ministerium über diese Vorlage obwalteten, nicht ohne Halt sein dürften. Aus dieser Anschauung ging die Anfrage Virchow's an den Kriegsminister hervor, dessen gewandte Erwiderung die einmal vorhandene Ansicht nicht zu verwischen im Stande war. Die Fortschrittspartei versammelte sich am Abend, um sich über die Behandlung der Militärfrage schlüssig zu machen. Die meisten Ansichten neigen für Verweisung an eine Commission.

Was uns betrifft, so gestehen wir offen, daß wir an der geschickten und gewandten Rede des Kriegsministers die ihm sonst eigene Klarheit vermissen. „Die Regierung — sagt der Kriegsminister — ist sich wohl bewußt, daß sie das Ziel, die Militärfrage zur gesetzlichen Regelung zu bringen, zu erreichen nur dann sichere Aussicht haben würde, wenn es ihr gelungen wäre, sich diejenige Auffassung anzueignen, welche im Abgeordneten-Hause bei der parlamentarischen Behandlung dieser Frage bisher maßgebend gewesen ist", d. h. also, wenn Ministerium und Abgeordneten-Haus mit einander übereinstimmten. Wohl, wir wissen, daß das nicht der Fall, daß also sichere Aussicht im Sinne des Ministers nicht vorhanden ist. Und doch — fügte der Minister hinzu, wenn wir nämlich seine Worte richtig verstehen — und doch ist einige Aussicht vorhanden, denn wir (das Ministerium) theilen die Auffassung des Abgeordneten-Hauses, freilich nur „in beschränktem Maße". Zugleich will das Ministerium seinen Standpunkt in der Frage „nicht ausschließlich geltend machen." Wohl, das Abgeordneten-Haus will seinen Standpunkt auch „nicht ausschließlich geltend machen" — und wenn das nun auf beiden Seiten der Fall wäre, so könnten sie sich ja auch auf halbem Wege entgegenkommen. Nous verrons. Vorläufig entspricht die Militärvorlage selbst diesem Entgegenkommen auf halbem Wege nicht.

Ueber die Stellung zwischen Preußen und Oesterreich in der **Herzogthümer-Frage** schreibt uns unser wiener ***-Corresp.:

*** **Wien**, 8. Febr. Wenn auch die Verständigung über einzelne Nebendinge — wie über die Telegraphenverträge und über die schleswig-holsteinsche Flagge — Fortschritte machen mag, können Sie es doch immerhin als verbürgt annehmen, daß die Herzogthümer-Frage in der Hauptsache, weder durch die preußische Note vom 28. Januar, noch durch die Abreise des Grafen Karolyi von hier auf seinen Posten in Berlin, auch nicht im allergeringsten vom Flecke gerückt ist. Die jüngste Aeußerung des Herrn v. Bismarck wird jetzt hier allenthalben als eine „rein dictatorische" bezeichnet, welche die Forderungen Oesterreichs nicht einmal direct, sondern nur implicite ablehnt, indem einfach die Gründe auseinandergesetzt werden, weshalb Preußen sich vor der Hand noch gar nicht darauf einlassen könne, seine eigenen Anschauungen zu präcisiren. Es ist daher auch positiv unrichtig, daß Graf Karolyi eine Antwort nach Berlin mitnimmt; er soll nur Hrn. v. Bismarck auf's neue Vorstellungen machen, daß Oesterreich um allen Credit bei den Mittelstaaten komme, wenn es so noch lange fortgehe, und daß Preußen daher den Vorschlag, den Herzog Friedrich provisorisch zu installiren, doch nochmals in Ueberlegung ziehen möge.

Wie der Telegraph berichtet hat, sind von **Turin** aus bereits Schritte gethan worden, um den König wieder zur Rückkehr dahin zu bewegen, und es ist keineswegs ohne Weiteres zu bezweifeln, daß diese Schritte Erfolg haben. Man vermuthet im Gegentheil, daß die Abwesenheit Victor Emanuels von Turin, wo die Ruhe jetzt nicht mehr gestört worden ist, nur so lange dauern soll, bis dort verschiedene energische Maßregeln durchgeführt seien. Unter Letztere zählt man die Auflösung des Municipalrathes, namentlich aber auch die Verbannung der intriguanten Herzogin von Genua nach Stresa im Lago Maggiore, wohin sie bereits kurz nach dem Tode ihres Gemahls verwiesen war. Diese Tochter des Königs Johann von Sachsen macht nämlich, wie man schon längst behauptet hat, ihr Haus zum Mittelpunkte jener unzufriedenen Piemontesen, an deren Spitze der Syndicus Rora und die Alt-Adeligen stehen. — Nicht mit Unrecht macht man, was den Charakter der ganzen Bewegung betrifft, darauf aufmerksam, daß sich einestheils das ganz gewöhnliche Kirchthurmsinteresse, welches sich niemals bis zu dem edleren Gefühle der nationalen Einheit zu erheben vermochte und welches sich durch die beabsichtigte Verlegung der Hauptstadt ganz besonders verletzt sah, darin Ausdruck verschafft hat, daß aber anderntheils auch die Besorgniß vor jenem stets weitergreifenden Einflusse Frankreichs dabei mit im Spiele war, welchen der Vaterlandsfreund in dem Abschlusse des Septembervertrages mit Schrecken gewahrte. Eben deshalb tritt denn auch der Gedanke, daß es bei der Auflösung des gegenwärtigen Parlamentes nur auf die Beseitigung derjenigen Elemente abgesehen sei, welche sich gegen Frankreich nicht nachgiebig genug zeigten, stets mehr in den Vordergrund, und man meint, daß der zu erwartende Staatsstreich keinen anderen Zweck habe, als aus dem bisherigen Schein-Constitutionalismus noch vollends hinüberzuführen in ein Vasallenthum, wie es dem französischen Imperialismus bequem sei. Man findet von diesem Gesichtspunkte aus, daß die Freunde Italiens sehr Unrecht thun, wenn sie eine Bewegung, welche zur Aufrechterhaltung des in Italien noch immer lebendigen Sinnes für Freiheit und Selbstständigkeit nun einmal nothwendig gewesen sei, ganz unbedingt tadeln, und indem man die Ursachen der Bewegung nur darin sucht, daß die italienische Regierung beim Abschluß des September-Vertrages den Ideen der Freiheit untreu geworden sei, glaubt man, daß, ohne die Mittel, zu denen man in den jüngsten Tagen gegriffen hat, entschuldigen zu wollen, man doch jedenfalls besser thun werde, die zum Staatsstreiche hindrängende Politik der Regierung zu beklagen, als jene Manifestation des italienischen Volkes gegen den sich auch in Italien einbürgernden Cäsarismus en miniature. Uebrigens ist man durchaus überzeugt, daß die europäische Reaction keine Ursache hat, sich zu freuen, daß Victor Emanuel, welcher so viele legitime Fürsten aus ihren Territorien vertrieben habe, nun selbst vor der Revolution habe flüchten müssen, da, wenn wirklich hierin der Beweis dafür läge, daß auch der letzte Rest der Gefühle der Legitimität im italienischen Volke zerstört sei, diese Umänderung der Gefühle doch wohl am allerwenigsten als eine der Reaction zu Gute kommende angesehen werden könnte.

Der Petitionsausschuß des Senats hat die Annahme der in Turin circulirenden Petition bezüglich des Votums des Abgeordnetenhauses in Sachen der Septemberereignisse als unstatthaft und unverfassungsmäßig zurückgewiesen. — Die Prozeßverhandlungen gegen die Gendarmen, die am 21. September zuerst auf das Volk geschossen hatten, werden indeß Anfangs des nächsten Monats beginnen, und da man zu den Vertheidigern derselben gerade die der Regierung am feindlichsten gesinnten Advokaten (Brofferio, Corrado, Villa, Boggio und Mordini) gewählt hat, so läßt sich freilich erwarten, daß eine wirkliche Beruhigung der Gemüther sobald noch nicht eintreten wird. — Wie gereizt das Mißtrauen des Volkes jetzt ist, läßt sich aus der gerüchtweise in Umlauf gebrachten Behauptung erkennen, daß die auf Fort Fenestrelle bei Pinerolo befindliche Strafcompagnie von dort wegverlegt und das Fort von französischen Truppen besetzt werden solle, lediglich um die öffentliche Meinung für eine weitere Occupation piemontesischer Gebiete durch die Franzosen vorzubereiten. — In den Provinzialstädten Piemonts spricht man ganz laut, die Vereinigung mit Frankreich sei eine ausgemachte Thatsache. In Aosta spricht man sich offen für eine Vereinigung mit der Schweiz aus.

Die Gerüchte, die sich an das Erscheinen eines französischen Dampf-Aviso's im Hafen von Civita-Vecchia knüpften, haben auch hier jüngst Erwähnung gefunden. Man meinte bekanntlich anfangs, es handle sich um die mehr oder weniger nahe Räumung Rom's; dann vermuthete man, es solle damit einer englischen Intrigue vorgebeugt werden, welche den Papst bestimmen wollte, Rom zu verlassen und Malta zu seinem dauernden Aufenthalte zu nehmen. Jetzt dagegen will die „Independance" wissen, es handle sich um französische Vorsichtsmaßregeln in Betreff eines zwischen dem Vatican und der Camarilla der Königin von Spanien abgekarteten Planes, wonach das Cabinet Narvaez gestürzt und durch ein aus Ultramontanen zusammengesetztes ersetzt werden solle; dieses werde dem heiligen Vater ein Asyl in Spanien anbieten, und Pius IX. Rom noch vor den Franzosen verlassen. — Man wird zugeben müssen, daß auch diese Vermuthung sehr abenteuerlich klingt; indeß scheint bei alledem doch etwas im Werke zu sein, was die römische Frage noch mehr verwickeln kann.

Die Nachrichten, welche wir unten (siehe „Paris") über die Dinge in **Frankreich** zusammengestellt haben, bestätigen unsere gestr. Behauptung, daß die Devise „l'empire c'est la paix" noch niemals so siegreich erschienen ist, als in diesem Augenblicke. Abgesehen von den theologischen Streitigkeiten, welche noch fortgehen, ist nichts, was als Zeichen von Aufregung im Lande selbst angesehen werden könnte. Nur eine Besorgniß ist wach, die nämlich, daß wenn nicht die Position, welche Frankreich in Mexico nahm, bald geändert wird, ein Krieg mit den Vereinigten Staaten in Aussicht steht. Die mexicanische Frage also ist es, welche von Neuem zur brennenden wird, und sie wird, wie man meint, aus Anlaß der Adresse und des Budgets heftig besprochen werden. Unter diesen Umständen ist ein von Limayrac gezeichnetes Entrefilet im „Constitutionnel" wohl beachtenswerth. Man schreibt darüber der wiener „Presse":

„Das offiziöse Blatt ist beauftragt, uns (unter der Adresse der „Patrie") über die angeblich in den Vereinigten Staaten gegen Frankreich herrschende Agitation zu beruhigen, bei dieser Gelegenheit aber auch dem Cabinet von Washington die loyale Haltung, welche Frankreich während des ganzen Krieges beobachtet hätte, zu Gemüthe zu führen. Die Sache ist, daß man sich in unserem auswärtigen Amte seit den letzten von jenseits des Oceans eingelangten Courieren schwere Sorgen um das zukünftige Verhältniß zu dem nordamerikanischen Freistaate macht. Die diplomatischen Agenten des Südens werden schon seit geraumer Zeit nicht mehr offiziell am Quai d'Orsay empfangen, wogegen der General-Consul John Bigelowe, welcher seit dem Tode Dayton's hier die internationalen Geschäfte der Union versieht, der Gegenstand der ausgesuchtesten Aufmerksamkeiten geworden ist. Die dunkle und verlegene Sprache Limayrac's läßt zu Genüge erkennen, wie schwer man eine geeignete Fassung für das fand, was man auf dem Herzen hatte, und die „Patrie" hat von ihrem Standpunkte ganz Recht, zu sagen, daß der erwähnte Artikel so viel Worte, so viel Räthsel enthalte."

In wie fern die **englische** Thronrede die Erwartung, sie werde einen die Parlamentsreform betreffenden Passus enthalten, befriedigt hat oder nicht, werden unsere Leser selbst beurtheilen können. Wie der „Advertiser" mittheilt, hatten für den Fall, daß diese Erwartung sich nicht verwirklichte, einige liberale Mitglieder des Unterhauses vorgeschlagen, ein Amendement zur Adresse zu beantragen, doch war den letzten Nachrichten zufolge unter den Liberalen noch keine Einigkeit zu erzielen gewesen. Der Telegraph hat bekanntlich seitdem schon gemeldet, daß die Anträge auf Erlaß einer Adresse angenommen worden sind.

Die umlaufenden Gerüchte von Friedensunterhandlungen, welche in **Nordamerika** stattgehabt haben sollten, werden in folgender Depesche der newyorker „Times" aus Washington vom 24. Januar als durchaus grundlos dargestellt:

„Um die Blair'sche Mission nach Richmond bekümmert sich kein Mensch mehr. Allgemein wird es als feststehend betrachtet, daß Hr. Blair in keiner Beziehung als Vertreter der Regierung nach Richmond gegangen und daß er mit keinerlei Vollmacht ausgerüstet ist, im Süden die Hoffnung zu erregen, als ob Friedensanerbietungen irgend welcher Art, die nur im Geringsten auf eine zukünftige Spaltung der Union hindeuten, je gemacht oder angenommen werden würden. Uebrigens giebt sich auch Niemand dem Glauben hin, daß die Rebellenregierung schon jetzt bereit sei, auf einer andern Basis als derjenigen der Unabhängigkeit um eine Beendigung der Feindseligkeiten zu unterhandeln. Im Publikum hat man die Friedenssehnsucht jener Regierung augenscheinlich überschätzt. Noch hat der Süden mächtige Armeen im Felde stehen und obwohl das Volk der abgefallenen Staaten des Kampfes nun überdrüssig ist und in die Union zurückzukehren wünscht, so bleiben die Leiter der Rebellion in Richmond doch noch so halsstarrig wie je. Wenn ihre Heere vernichtet sind, so werden sie sich zum Frieden bequemen, und auch dann werden sie es nicht aus freier Wahl thun, sondern von der eisernen Nothwendigkeit gezwungen. — Ein eben aufgetauchtes Gerücht, Hr. Blair sei wiederm von Richmond zurückgekehrt, ist falsch."

Die südstaatliche Presse hat wieder einen sehr kriegerischen Ton angenommen. So äußert sich der richmonder „Examiner," daß es endlich nöthig sei, dem Friedensschwindel, an den der Congreß seine Zeit verschleudert habe, ein Ende zu machen, und droht dem Congresse mit einer Pride'schen Purganz oder der Beseitigung durch eine Convention der conföderirten Staaten, wenn er das Friedensgeschwätz nicht bald sein lasse. Die jetzt noch von Unterhandlungen sprächen — sagt das Blatt — setzten sich einem schweren Verdachte aus, daß sie sich als Feinde der Conföderation auszeichnen und den Yankees für etwa eintretende Fälle angenehm machen wollten.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (8. Febr.).
(Schluß.)

Wie bereits gestern erwähnt, folgte nach den Vereidigung der neu eingetretenen Abgeordneten der mündliche Bericht des Abg. Michaelis über die provisorisch erlassene Verordnung vom 25. April 1864, betreffend die zeitweise Herabsetzung der Hafenabgaben für ausländische Schiffe.

Die die Motive der Verordnung enthaltende Denkschrift der Staats-Regierung vom 25. April 1864 sagt, daß die kriegerischen Verhältnisse des vorigen Jahres dem preußischen Seehandel einen erheblichen Theil der gewohnten Transportmittel entzogen haben, weil sie die preußischen Schiffe von dem Verkehr zwischen preußischen und fremden Häfen ausgeschlossen haben; die dadurch entstandene Lücke habe durch die Schiffe neutraler Mächte ausgefüllt werden müssen, indem denselben der Verkehr in den preußischen Häfen nach Möglichkeit erleichtert wurde. Als ein solches Verkehrshinderniß wurde das sogenannte „extraordinäre Flaggengeld" erkannt. Es besteht in einer Erhöhung der gewöhnlichen Hafenabgaben durch eine besondere Abgabe für die Schiffe derjenigen Nationen,

a. mit welchen wegen Behandlung ihrer Schiffe und deren Ladungen gleich den inländischen ein besonderer Vertrag nicht besteht, oder
b. welche ihrerseits nicht etwa aus anderer Veranlassung die preußischen Schiffe und deren Ladungen gleich den inländischen behandeln.

Auf Anregung des Handelsstandes, der die Erwartung hegte, daß durch zeitweise Aufhebung dieser Abgabe eine stärkere Frequenz fremder, insbesondere französischer Schiffe in den diesseitigen Häfen herbeigeführt, und dadurch

für den durch den dänischen Krieg entstandenen Nothstand im preußischen Seehandel eine Abhilfe geschaffen werden würde, hat die Regierung die Suspension des extraordinären Flaggengeldes auf 6 Monate, also vom 25. April bis 25. Oktober 1864, angeordnet mit der Maßgabe, daß diese Begünstigung auf diejenigen Schiffe, welche während des sechsmonatlichen Zeitraumes in einem preußischen Hafen einlaufen würden, auch in dem Falle, wenn sie denselben erst nach Ablauf jenes Zeitraumes verließen, ausgedehnt sein sollte.

Die Commission für Handel und Gewerbe beantragt:

1) Die Dringlichkeit der Maßregel anzuerkennen.
2) Der Verordnung die nachträgliche verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen.
3) Die königl. Staatsregierung aufzufordern, die gänzliche Aufhebung der extraordinären Flaggengelder in Erwägung zu ziehen.

Abgeordneter Michaelis (als Referent): Die Commission für Handel und Gewerbe hat keinen Anstand gefunden, die nachträgliche Genehmigung der königl. Verordnung vom 25. April vor. J. und die Anerkennung ihrer Dringlichkeit zur „Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes“ zu beantragen. Da die kriegerischen Verhältnisse die preußische, deutsche und dänische Schifffahrt, welche 1863 74 Prozent der Frequenz der preußischen Häfen bildete, für die Vermittelung unseres Seehandels lahm legten, so empfahl es sich dringend, alle Hindernisse, welche der neutralen Flagge in der Vermittelung unseres Seehandels im Wege stehen, zu entfernen, um dem Nothstande, in welchem unser überseeischer Handel wegen Mangels an Transportmitteln sich befand, abzuhelfen. Ein wesentliches Hinderniß bildet das sogenannte extraordinäre Flaggengeld in seiner prohibitiven Höhe von drei Thalern pro Schiffslast in Eingang und Ausgang zusammengenommen für beladene Schiffe. Dasselbe ist eingeführt durch Kabinetsordre vom 20. Juni 1822 und hatte damals den Zweck, England zum Abschlusse eines Schifffahrts-Vertrages zu drängen. Preußen hatte gleich nach Ordnung seiner Zollverhältnisse einen Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit England, wo die Korngesetze und die Navigationsacte noch blühten, abzuschließen gesucht, war jedoch von Graf Bathurst mit der Bemerkung abgewiesen, Preußen könne für die Aufhebung der Schifffahrtsacte zu Gunsten seiner Schiffe eine Gegenleistung nicht bieten, da es in seinen eigenen Häfen die nationalen Schiffe nur wenig begünstige. Die Einleitung der Kabinetsordre, welche sich auf die für unsere Rhederei bestehenden ungünstigen Verhältnisse, die durch die ungünstige Behandlung unserer Schiffe in mehreren ausländischen Häfen noch verschärft werden, beruft, läßt durchblicken, daß sie durch jene Ablehnung veranlaßt war. Der preußische Gesandte machte auch in London kein Hehl daraus, drohte sogar mit Differentialzöllen für Waaren. — Die Abgabe sollte von den Schiffen der Nationen erhoben werden, mit welchen Preußen nicht in Vertragsverhältnissen über die Behandlung als meistbegünstigte Nation steht, oder welche nicht aus anderen Gründen preußische Schiffe gleich den nationalen behandeln. Durch Schifffahrtsverträge und Reciprocität hat sich das Gebiet des extraordinären Flaggengeldes so weit vermindert, daß von bedeutenderen schifffahrttreibenden Nationen nur noch Spanien und Frankreich demselben unterliegen, letzteres bis zum 1. Juli d. J. Auf die Heranziehung französischer Schiffe war es bei Erlaß der Verordnung vom 25. April v. J. besonders abgesehen und sie hat zur Folge gehabt, daß allein in Swinemünde und Danzig zusammen 50 Schiffe verkehrten, während 1863 in sämmtlichen preußischen Häfen nur 23 französische Schiffe, darunter 20 beladene, einliefen. Die Ausdehnung auf 6 Monate war nothwendig, um die Befreiung in dieser Richtung zu einer wirksamen zu machen. — Die Commission empfiehlt, mit der Genehmigung die Aufforderung an die Staatsregierung zu verbinden, die gänzliche Aufhebung des extraordinären Flaggengeldes in Erwägung zu ziehen. Der Versuch einer Veränderung der Verordnung in diesem Sinne wurde aufgegeben, weil dieselbe einen ganz neuen Gesetzentwurf daraus gemacht haben würde und eine solche Reform weiterer Vorbereitungen bedarf. Die Annahme der Resolution ist umsomehr zu befürworten, als auch in Frankreich jetzt Berathungen über die Reform der dortigen, freilich sehr illiberalen Schifffahrts-Gesetzgebung stattfinden.

Abg. v. Rönne: M. H.! Ich habe in der Commission den Antrag eingebracht, die ganze Verordnung vom 20. Juni 1822 bei dieser Gelegenheit aufzuheben, und ich habe denselben nur zurückgezogen, und dafür die Resolution beantragt, daß die Regierung die Aufhebung der extraordinären Flaggengelder in Erwägung nehmen möge, weil die Regierungs-Commissarien erklärten, daß der Gegenstand ihnen neu, und daß sie darüber mit Instructionen nicht versehen wären. Meines Ermessens ist die gänzliche Aufhebung der Verordnung vom 21. Juni 1822 nur die nothwendige logische Consequenz desjenigen handespolitischen Systems, welches der Zollverein seit dem Abschluß des französischen Handelsvertrages adoptirt hat. Die Verordnung von 1822 hatte, wie sie in der Einleitung ausdrücklich ausspricht, den doppelten Zweck: 1. die damals sehr darniederliegende Rhederei zu begünstigen, so lange sie darniederliege, und 2. als Unterhandlungsmittel fremden Staaten gegenüber zu dienen. Nun erkennt aber das jetzige handelspolitische System das Prinzip der Begünstigung eines einzelnen Gewerbszweiges auf Kosten der übrigen Gewerbzweige, und auf Kosten der Gesammtheit nicht länger als ein berechtigtes an. Und daß der Handel dadurch leiden kann, wenn es an Schiffen fehlt, oder wenn er in Wahl derselben beschränkt ist, beweist ja gerade die temporäre Aufhebung der Verordnung von 1822, weil es dem Handel während des Krieges mit Dänemark an Schiffen fehlte, daß es aber ferner national-ökonomisch durchaus ungerechtfertigt ist, Zölle und ähnliche Abgaben bloß aus dem Grunde einzuführen, um als Unterhandlungsmittel zu dienen und Tarifkriege zu führen, das hat der heutige Herr Referent bei der Berathung des französischen Handelsvertrages im Jahre 1862 mit so schlagenden Gründen unter Anführung praktischer Beispiele, — ich erinnere Sie nur an das, was er über den Talgzoll Rußland gegenüber sagte, — ausgeführt, daß ich hier kein Wort darüber zu verlieren brauche. Ohne Zweifel wird die Regierung durch die eingebrachte Resolution sich veranlaßt sehen, die Ostseehäfen darüber zu hören, und ich zweifle nicht, daß diese einen Widerspruch nicht erheben werden. Die Ostseeprovinzen sind stets die ersten in den Reihen der Kämpfer für freien und ungehinderten Verkehr gewesen; sie haben sich seit Jahren gegen alle Differentialzölle ausgesprochen, und sie haben stets geklagt, daß das Schutzsystem eine Besteuerung der östlichen Hälfte der Monarchie zu Gunsten der westlichen sei. Sie werden nicht wünschen können, jetzt den Vorwurf zurück zu empfangen, und sich vom Binnenlande sagen zu lassen, daß sie darauf ausgingen, das sie speciell interessirende Gewerbe der Rhederei auf Kosten des Handels begünstigt zu sehen. Ueberdies bedarf auch die baltische Rhederei gar keiner Unterstützung von Staats wegen mehr, da sie gegenwärtig, wie die Berichte über den französischen Handelsvertrag ausdrücklich anerkennen, zu den ersten und blühendsten der Welt gehört. Um ein finanzielles Opfer endlich handelt es sich bei der Frage auch nicht, denn die jährliche Einnahme an extraordinären Flaggengeldern beträgt nur etwa 6000 Thaler, und auch dieser Betrag soll nach der Verordnung von 1822 zum Besten der Rhederei verwendet werden. Daß in diesem Augenblick in Folge abgeschlossener Handelsverträge die meisten fremden Staaten unsre Schiffe einer ungleichen Behandlung nicht mehr unterwerfen, spricht nicht gegen die Aufhebung einer Verordnung, die im Prinzip falsch ist, das mit ablaufendem Vertrage wieder auflebt. Ich hoffe, die Regierung wird uns bald das Resultat ihrer Erwägung mittheilen.

Das Haus tritt dem Antrage der Commission ohne Widerspruch bei. — Ueber eine Reihe unerheblicher Petitionen wird auf Antrag der Agrarcommission, wie wir bereits mitgetheilt, Tagesordnung fast durchweg vorgeschlagen und angenommen. Am Schlusse einige Wahlprüfungen. Zieglers Wahl wird für giltig erklärt. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

⊙ **Berlin**, 8. Febr. [Aus der „Prov.-Correspondenz.“] Heute ist die „Prov.-Corresp.“ wieder erschienen. Der Leitartikel bespricht die Stellung, welche die Opposition in Betreff der Finanzvorlagen einzunehmen gedenkt, und warnt vor dem Bestreben, die Opposition auf alle Fragen auszudehnen, statt sie auf die eigentliche Militärfrage zu beschränken. Der Artikel unterzieht dies Verfahren seiner Kritik und sagt unter Anderem: „Dagegen darf man eben so zuversichtlich voraussehen, daß die Regierung, welche vor den Bedenken des „budgetlosen“ Zustandes nicht zurückschreckte, als es galt, die „für den Schutz und Schirm, für die Größe und die Macht des Vaterlandes“ nothwendigen Heereseinrichtungen und damit zugleich die Rechte und das Ansehen der Krone aufrecht zu erhalten, welche ferner trotz des Widerstrebens des Abgeordnetenhauses eine eben so hochherzige wie umsichtige Politik nach außen zu Preußens unvergänglichem Ruhm selbstständig durchgeführt hat, — eben so jenen neuen Versuchen parlamentarischer Vergewaltigung gegenüber nicht das Mindeste von den verfassungsmäßigen Rechten der Krone preisgeben, in denselben vielmehr die feste und wesentlichste Grundlage des Gedeihens für Volk und Staat vertheidigen werde.“ — Ein kleiner Artikel, überschrieben: „Aus Holstein“, erzählt, daß zu der bekannten Scheel-Plessen'schen Adresse in der letzten Zeit über 200 Beitrittserklärungen dem Ministerpräsidenetn zugegangen sind. — Ein kleiner statistischer Artikel über die Lehrerbesoldung an Elementarschulen sagt, daß die Gehaltszulagen und neuen Besoldungen in den 12 Jahren von 1852—1863 betragen haben: in der Provinz Preußen 92,930 Thlr., Posen 58,527 Thlr., Schlesien 98,376 Thlr., Pommern 55,803 Thlr., Brandenburg 111,899 Thlr., Sachsen 76,400 Thlr., Westfalen 15,343 Thlr., Rheinprovinz 212,811 Thlr., Hohenzollernsche Lande 1,524 Thlr., zusammen 783,613 Thlr. — Die Corresp. „Stern“ bringt die Nachricht, daß die Regierung durch die Vorgänge in den Commissionen in Bezug auf das Eisenbahn-Anlehen veranlaßt werden könnte, die Vorlage des Flottengründungsplanes noch zurück zu halten, doch ist die Zurücknahme der Vorlage noch nicht beschlossen. Andererseits aber ist es allerdings denkbar, daß, wenn von Seiten des Abgeordnetenhauses ein präjudizielles Votum erfolgt, aus welchem sich ersehen ließe, daß eine Bewilligung seitens des Hauses nicht zu erwarten steht, dies auch auf das Verhalten der Regierung in Bezug auf die Flottenangelegenheit von Einfluß sein dürfte.

= **Berlin**, 8. Febr. [Aus der Budget-Commission.] Morgen wird eine Sitzung der Bugetcommission stattfinden, in welcher dem Vernehmen nach die Frage über den Staatsschatz zur Verhandlung gelangen soll. Man hofft eingehende Auskunft von dem Commissar der Regierung zu erhalten. — Von Montag ab soll in der Budgetcommission die Verlesung des Generalberichts beginnen. Ueber die Etats der Forsten, Domänen, der Post und Eisenbahnen, des Justiz- und Cultusministeriums, des Ministeriums des Innern, des Handels u. s. w. sind bereits die Verständigungen unter den Mitgliedern der Subcommission erfolgt. Die Schlußanträge werden, wie man hört, viele praktische Erleichterungen, sofortigen Wegfall des Zuschlages von 6 Sgr. zum Thaler bei Gerichtskosten, Herabsetzung des Briefportos auf 1 Sgr. durch ganz Preußen ꝛc. in das Auge fassen.

= **Berlin**, 8. Febr. [Der Gesetzentwurf über das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter.] Der Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über den von den Abg. Schulze-Delitzsch, Dr. Faucher und Genossen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter betreffend, ist gestern Abend vertheilt worden. Derselbe giebt zunächst einen gedrängten Ueberblick über die Bestrebungen wegen Reformirung des Gewerbewesens, besonders in Betreff des Coalitionsrechtes, sowohl im Abgeordnetenhause als auch im Schooße der Interessenten selbst. Wir haben über die Verhandlungen der Commission bereits eine ausführlichere Mittheilung gemacht, vervollständigen dieselbe jedoch nach dem uns vorliegenden Berichte.

Die Abg. Schulze-Delitzsch, Dr. Faucher und Gen. haben gleich nach Eröffnung des diesjährigen Landtages einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher dahin lautet: „Die Bestimmungen der §§ 181 und 182 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, betreffend das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter, werden hierdurch aufgehoben“, und durch die Consequenz der überall angebahnten Gewerbe- und Handelsfreiheit für die freie Verwerthung der Arbeitskraft motivirt wird. Die Commission, deren Sitzung zwei Commissare der königl. Staatsregierung und die Antragsteller beiwohnten, war zunächst darin einstimmig, daß die Arbeiter-Coalitions-Frage bei der Reform der Gewerbegesetzgebung eine abgesonderte Behandlung finden könne, wenn man auch von vielen Seiten behauptete, daß nur ein vollständiges Gewerbegesetz das wirthschaftliche Bedürfniß Preußens befriedigen werde, daß ferner auch andere gewerbliche Fragen, wie die bestehende gesetzliche Abgrenzung der Arbeitsgebiete, das Handwerker-Prüfungswesen, das Regulativ des Wanderns der Gewerbegehilfen vom 24. April 1833, die Ordnung der gewerblichen Unterstützungskassen, vorzugsweise aber die Freiheit der Niederlassung und des Aufenthalts und die Freizügigkeit, mindestens dieselbe Berechtigung auf anderweitige Regelung hätten, wie das Coalitionsrecht. Die Gewährung des letzteren Rechtes steht einmal in den meisten Kreisen der Gesellschaft auf der Tagesordnung. Das Erreichbare und Nützliche läßt sich auch isolirt anstreben. Entscheidend ist bei dem Coalitionsrecht, daß in den Kreisen, welche der königl. Staatsregierung nahe stehen, das freie Coalitionsrecht anscheinend mit Zustimmung der Regierung befürwortet wird, und die königl. Staatsregierung selbst auch gegen die Anerkennung dieses Rechtes wohl keinen Widerspruch erheben wird. Eine Bresche in die Umwallungen, welche jetzt noch das an sich freie Gebiet des Gewerbes in Preußen umziehen, ist von Werth, und eröffnet den Anlauf zu weiterer Beseitigung von Schranken. In der Sache selbst legte man sich die Frage vor: 1) ob die von den Antragstellern befürwortete Aufhebung der Beschränkungen des Coalitionsrechtes der Arbeitsgeber und Arbeitnehmer in politischer und wirthschaftlicher Hinsicht geboten sei? 2) ob die Aufhebung der beiden §§ 181 u. 182 der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 zur Anerkennung des freien Coalitionsrechtes ausreiche? 3) ob Spezial-Bestimmungen gegen den Mißbrauch des Coalitionsrechtes erforderlich sind?

ad 1) erkannte die Commission übereinstimmend mit den Antragstellern an, daß die Freigebung der Arbeiter-Coalitionen nothwendig sei, weil diese Freigebung eine natürliche Consequenz und ein wesentliches Correlat der modernen vollen Gewerbefreiheit sei. Wenn der Einzelne in freier Selbstbestimmung kündigen, seine Arbeit einstellen, aufgeben und von Neuem contrahiren könne, dürfe dies vereinigten Gewerbegenossen nicht untersagt werden. Die Stärkung des in der Vereinzelung schwachen Theiles durch Vereinigung mit Genossen werde in der Regel die Förderung des guten Geistes gegenseitiger Rechtsanerkennung und Rücksichtsnahme, ebenso die Förderung der naturgemäßen Interessen-Gemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zur Folge haben.

Mehrere von dem in der Commission und zwar in reichlicher Anzahl vertretenen Arbeitgebern sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß das freie Coalitionsrecht der Arbeiter ganz besonders im Interesse der Arbeitgeber liege, weil es in der Regel eine Grundlage für Unterhandlungen und Verständigungen sei, und weil die Vorenthaltung und Versagung dieses Rechtes schlimmere Folgen haben werde, als eine noch so weite, übrigens nicht zu besorgende, Ausübung. Es wurde auch von derselben Seite constatirt, daß in den bewegten Zeiten der Jahre 1848 und 1849, wo eine Coalition der Arbeiter an vielen Orten factisch zu Ausübung gekommen, die Coalition meistens zu friedlicher, sonst vielleicht nicht erreichbarer Verständigung über erhebliche Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geführt habe. Die Vertreter der Staats-Regierung gaben folgende Erklärung ab: „Die Staats-Regierung hat die Frage, ob die gesetzlichen Beschränkungen der sogenannten Coalitionsfreiheit aufzuheben seien, bereits vor der Einbringung des vorliegenden Antrages zum Gegenstande der Erörterung gemacht, da auch ihr die Sorge für das Wohl der arbeitenden Klasse dringend am Herzen liegt. Sie hat sich indeß nicht verborgen, daß die Frage der ernstesten Erwägung bedarf. Es erscheint der Zweifel vollkommen berechtigt, ob die aus der Aufhebung der Beschränkuugen resultirende Freiheit der Arbeits-Einstellungen im größeren Umfange wirkiich ein Mittel sei, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nach den bisher gemachten Erfahrungen haben derartige Arbeits-Einstellungen in der Regel zum Nachtheil der Arbeiter geendet und über sie und ihre Angehörige für längere Zeit Noth und Elend gebracht. In andern Fällen ist der Weg friedlicher Vereinbarung und blos passiven Widerstandes verlassen und der Weg der Gewalt beschritten worden. Es steht zu befürchten, daß Erfahrungen der letzteren Art auch uns nicht werden erspart bleiben. — Abgesehen davon erscheint es fraglich, ob es angänglich sein würde, allein die in dem Antrage bezeichneten gesetzlichen Bestimmungen aufzuheben. Dieselben stehen mit anderen Vorschriften der Gewerbegesetze in engem Zusammenhange. Es bedarf der Prüfung, ob die Consequenz nicht auch Modificationen dieser Vorschriften eventuell erheischen würde. Obwohl die Berathung dieser Fragen noch nicht zum Abschluß gebracht ist, so nimmt die Staatsregierung doch keinen Anlaß, die Vertagung der Discussion in Antrag zu bringen, indem sie gerade von dieser Discussion werthvolle Aufschlüsse über das Bedürfniß und die zu erwartenden Wirkungen der gewünschten Reform sich versprechen darf.“

Auf die specielle Anfrage, ob hiernach die königl. Staats-Regierung dem Gesetz-Entwurfe beitreten oder entgegentreten werde, wurde von den Regierungs-Commissarien erwidert, daß die Staats-Regierung, weil sie die Coalitionsfrage noch berathe, über ihre definitive Stellung zu dem Schulzeschen Antrage heut eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben könne.

ad 2. In Bezug auf die Frage, ob die Aufhebung der beiden §§ 181 und 182 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 zur vollen Anerkennung des freien Coalitionsrechtes der Arbeitgeber und Arbeiter gesetzlich ausreiche, wurde zunächst darauf hingewiesen, daß die correspondirenden Bestimmungen der §§ 16 und 17 des Gesetzes, die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältniß der Berg- und Hütten-Arbeiter betreffend, vom 21. Mai 1860 ebenfalls aufgehoben werden müßten. Ebenso bedürften zur vollständigen Anerkennung des Coalitionsrechtes der gesetzlichen Aufhebung die §§ 183 und 184 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und der mit § 184 ibid. correspondirende § 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860.

Es wurde beantragt, den Gesetz-Entwurf folgendermaßen zu fassen: „die Bestimmungen der §§ 181, 182, 183, 184 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, und die Bestimmungen der §§ 16, 17, 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860, betreffend das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter werden hierdurch aufgehoben“, und zur Begründung dieses ausgedehnteren Entwurfes angeführt: 1) wenn nicht § 183 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, welcher die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen polizeilich verbietet, falle, so sei ein volles Coalitionsrecht, welches ja eben größtentheils auf Verbindungen beruhe, nicht gewährt. 2) Wurde bemerkt, daß die im § 184 der Gewerbe-Ordnung und im § 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860 angeordnete polizeiliche Bestrafung der Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Bergleute, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen oder ihren Verrichtungen sich entziehen, oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen, mittelbar mit dem Coalitionsrecht der Arbeiter zusammenhänge, da die Coalition in vielen Fällen ein Verlassen der Arbeit, in den meisten Fällen aber einen Ungehorsam oder eine Widerspenstigkeit gegen die Arbeitgeber involvire. Bestrafe man dies nun, und lasse man nicht blos die Civilfolgen des Austritts aus der Arbeit ꝛc. als rechtliche Basis bestehen, so bleibe die Ausübung des Coalitionsrechts immer noch wenigstens mit einer Polizeistrafe bedroht und beschränkt. — Dieser Ausführung wurde entgegengestellt, daß der innere Zusammenhang der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen mit dem Coalitionsrechte nicht zugegeben werden könne; daß, wenn sich auch aus allgemeinen Gründen das Ungerechtfertigte der allegirten Bestimmungen behaupten lasse, deren Hereinziehung in den vorliegenden Entwurf den letzteren gefährden könne, und die vielleicht wünschenswerthe Aufhebung der beiden gleichlautenden Paragraphen einer Verbesserung der allgemeinen Gewerbe-Ordnung überlassen bleiben müsse.

Ad 3. Die Frage anlangend, ob Special-Bestimmungen gegen den Mißbrauch des Coalitionsrechtes erforderlich seien, so wurde dieselbe verneint, weil eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern bei der etwaigen Ueberschreitung eines ihnen zustehenden Rechtes ohne Noth keinen Special-Bestimmungen unterworfen werden darf, weil das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 den Mißbrauch des Coalitionsrechtes nach der Auffassung der Commission vollständig vorsieht — cfr. §§ 90, 91, 98, 212, 214, 234, 281, 284, 340 und 346 des Strafgesetzbuches — und weil endlich etwaige, von der Commission aber für unnöthig erachtete Special-Bestimmungen der Zukunft überlassen bleiben können.

Bei der Special-Berathung des Gesetzes ist das oben gestellte Amendement von der Mehrheit der Commission angenommen, und zwar: 1) die Aufhebung der §§ 181, 182 und 183 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 mit zehn gegen zwei Stimmen, 2) die Aufhebung des § 184 ibid. mit neun gegen drei Stimmen, 3) die Aufhebung der §§ 16, 17, 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1860 mit neun gegen drei Stimmen, dem Abgeordnetenhause empfohlen.

Die Commission beantragt hiernach: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem Gesetz-Entwurf nach der Fassung der Commission die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. (Berichterstatter ist der Abg. Dr. Ziegert.)

[Diplomatischer Conflict.] Der paraguay'sche Offizier, Gesandtschafts-Secretär Benetes, ist von hier nach Paris zurückgereist. Herr Benetes hatte, wie wir hören, beim letzten Hofball einen kleinen Conflict. Er machte Anspruch darauf, im Salon der Diplomaten zu soupiren. Da ihm dies seiner Stellung nach nicht bewilligt werden konnte, zog er es vor — gar nicht zu essen. Er blieb, als alles sich zum Essen zurückzog, mit seiner Gemahlin ruhig sitzen.

[Die Zollverhandlungen mit Oesterreich.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Wie wir wiederholt mittheilten, hat Herr v. Hock angesichts der hier vorwaltenden vollständigen Unwillfährigkeit gegenüber den österreichischen Wünschen in Betreff der Weinzölle, um neue Instructionen bei seiner Regierung nachgesucht. Das Eintreffen derselben ist nunmehr heute für nächsten Sonntag oder Montag mit dem Beifügen avisirt worden, daß dieselben vollständig den Charakter eines Ultimatums an sich tragen würden, und Herr v. Hock angewiesen werde, Berlin zu verlassen, wenn die verhandelnden Zollvereins-Regierungen die Propositionen ablehnen möchten.

[Verhaftung Voigtmann's in Amerika.] Newyorker Blätter berichten die Verhaftung des Kassen-Assistenten Voigtmann von der Berlin-Hamburger Eisenbahn, welcher durch Präsentirung falscher Quittungen aus der General-Militär-Kasse gegen 40,000 Thaler für Truppen-Transporte zu erheben wußte und damit nach Amerika entkam. Voigtmann, der in Amerika den Namen Hille angenommen hatte, wollte eben in Chicago ein Geschäft begründen, als er auf Antrag des preußischen Consuls verhaftet wurde. Auf der Eisenbahnfahrt nach Newyork, wohin er unter Aufsicht transportirt wurde, sprang er in der Gegend von Huntington während der Fahrt aus dem Wagen und schleppte sich trotz seiner vielen, aber nicht erheblichen Beschädigungen nach einem Hause nahe der Bahn, wurde aber dort in Untersuchungshaft genommen.

Deutschland.

Mainz, 6. Febr. [Arbeitertag.] Gestern fand hier im kurfürstlichen Schlosse ein von fast 1000 Personen besuchter Arbeitertag, welcher von dem Agitationscomite des Maingaus veranstaltet worden war, unter dem Vorsitze des Herrn Welker aus Frankfurt statt. Sämmtliche bei dieser Gelegenheit aufgetretenen Redner wiesen die Nothwendigkeit einer Aenderung der socialen Lage der Arbeiter nach den Principien Lassalle's nach und die Versammlung erklärte sich auf Antrag des Herrn Becker, Präsidenten des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, mit den Principien desselben, allgemeines und directes Wahlrecht, Productivassociationen, einverstanden, desgleichen mit einem Antrage von Seegott aus Mainz, die großherzoglich hessische Staatsregierung zu ersuchen, die Art. 184 und 185 des Strafgesetzbuches, welche die Verbindung der Arbeiter zum Zweck der Verbesserung ihrer Löhne mit namhafter Gefängnißstrafe belegen, als unzeitgemäß baldmöglichst aufzuheben. Viele Arbeiter traten dem Vereine bei und den Behörden der Stadt wurde für Ueberlassung des Saales so wie dem Gouvernement für Ueberlassung der innern Einrichtung der Dank ausgesprochen. Zwei Rednern wurde wegen ihrer Ausfälle auf die deutschen Fürsten das Wort entzogen. (N. Fr. Z.)

Wiesbaden, 6. Febr. [Zur Suspension der „Mittelrh. Ztg.“] Sicherem Vernehmen des „Fr. J.“ zufolge, war gestern der frühere Abgeordnete Ruß von Biebrich, der durch seine „Erklärung“ in der vorletzten Nummer der „Mittelrh. Ztg.“ die nächste Veranlassung zur Suspendirung derselben gegeben haben soll, bei dem herzoglichen Staatsminister, Prinzen von Wittgenstein, und hat demselben erklärt, daß, wenn er die Veranlassung zu der Maßnahme der Regierung gegen die „Mittelrh. Ztg.“ durch seine „Erklärung“ gegeben habe, er in den Anklagezustand versetzt sein und daß, wenn er ein Verbrechen begangen habe, er auch dafür leiden wolle, nicht aber sollten die „Mittelrh. Ztg.“ und Tausende von Abonnenten für ihn büßen. — Heute Nachmittag war eine dritte Deputation im herzoglichen Staatsministerium, welche die bereits angedeutete Petition von mehreren Hundert Unterschriften aus hiesiger Stadt überreichte. Sie wurde ebenfalls sehr freundlich von dem Staatsminister empfangen und mit der besten Hoffnung von demselben entlassen. Aus einem kleinen Dorfe bei Wiesbaden, Dotzingen, wurden heute, als die Deputation schon an das Ministerium abgegangen war, noch über hundert Unterschriften zu der Petition angemeldet. In Höchst und andern Orten wurden heute Versammlungen gehalten und Petitionen an das Ministerium berathen.

Koburg, 4. Febr. [Schreiben des Herzogs an Geh. Rath Francke.] Die „Kob. Ztg.“ ist in den Stand gesetzt, nachträglich das Handschreiben des Herzogs mitzutheilen, welches dem Geh. Staatsrathe Francke bei Gelegenheit seiner Entlassung aus hiesigem Dienste zu Theil geworden:

Mein lieber Geheimer Staatsrath Francke! In Ihrem Schreiben vom 4. d. M. haben Sie mir den Entschluß mitgetheilt, aus Ihrem bisherigen

Dienstverhältnisse zu scheiden und Ihre künftige Thätigkeit Ihrem Heimathlande Schleswig-Holstein zu widmen. So sehr Ich diesen Entschluß in Meinem und Meiner Lande Interessen zu beklagen Ursache habe, so wenig kann Ich doch den Motiven dazu unter den bestehenden Verhältnissen Meine Anerkennung versagen, und glaube deshalb nicht anstehen zu dürfen, Ihnen die erbetene Entlassung aus Ihrem bisherigen Dienstverhältnisse zu ertheilen. Empfangen Sie dabei, Mein lieber Francke, Meinen aufrichtigen Dank für die vorzüglichen Dienste, die Sie Mir und Meinen Landen eine Reihe von Jahren hindurch treu und redlich geleistet haben, und nehmen Sie als ein äußeres Zeichen Meiner dankbaren Anerkennung Ihrer Verdienste, so wie Meines besonderen Wohlwollens, die Insignien des Großkreuzes Meines Hausordens, die Ich Ihnen statt des bisher getragenen Comthurkreuzes verliehen habe. Mit Meinen besten Wünschen für Ihr künftiges Wohlergehen verbleibe Ich auch ferner Ihr wohlgeneigter Ernst.

Kassel, 5. Febr. [Oetker und v. Bismarck.] Bekanntlich war eine in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß von hier aus ein Mitglied der demokratischen Partei nach Berlin gereist sei, um dort die Verhältnisse wegen einer preußischen Intervention in Kurhessen zu sondiren, auch in unserer Kammer zur Verhandlung gekommen, und es ward dabei entschieden die Wahrheit dieser Nachricht zurückgewiesen. Herr Oetker, der später in den Blättern als der betreffende Agent bezeichnet wurde, protestirte gleichfalls öffentlich, indem er erklärte, sich nur zur Consultation eines Arztes nach Berlin begeben zu haben. In einem polemischen Artikel gegen die „Hess. Morgen-Ztg." erklärt nun die „Kass. Ztg.": „Wir haben einfach weiter nichts zu thun, als die hier bekannte und, wie Herr Oetker sehr wohl weiß, nicht erst durch unsre Erwähnung der Sache in die Oeffentlichkeit gelangte Thatsache zu constatiren, daß Herr Oetker allerdings bei Herrn v. Bismarck gewesen ist." (?)

Kassel, 6. Febr. [Ueber die am 4. d. in der Wohnung des Dr. Friedrich Oetker abgehaltene Versammlung] und deren polizeiliche Aufhebung theilt das „Fr. J." noch Folgendes mit: Dr. Oetker machte am 2. d. der Polizeidirection die Anzeige, daß er am 3. d. in seiner Privatwohnung eine Versammlung behufs Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten zu halten beabsichtige. In einem Inserat der „Morgenztg." hatte er vorher schon beispielsweise als einen der Zwecke der Besprechung „die Theilnahme am deutschen Nationalverein und dessen weitere Ausbreitung in Kurhessen" bezeichnet. Die Polizeidirection verbot hierauf die Versammlung. Dr. Oetker zeigte nun am 2. Febr. der Polizeidirection an, er wolle am 4. Febr. in seiner Wohnung eine Versammlung halten zur Besprechung über Bildung von Vereinen, sowie zur Berathung über die „rechtliche Statthaftigkeit der Theilnahme" am Nationalvereine. Auch diese Versammlung wurde verboten. Nunmehr zeigte Dr. Oetker der Polizeidirection als Zweck einer anderen am 4. Febr. in seiner Wohnung abzuhaltenden Versammlung neben der Bildung von Vereinen an: Berathung über die gesetzlichen Voraussetzungen der Theilnahme an politischen Vereinen in Kurhessen. Diese Versammlung wurde nicht beanstandet und fand alsdann um 4½ Uhr Nachmittags statt. Um diese Zeit verfügte sich ein Polizeibeamter in die Privatwohnung Oetkers, um die ihm gewordene Weisung, die Versammlung zu überwachen, zu befolgen, stellte auch die Zuziehung eines weiteren Polizeioffiziaten für den Fall einer Widersetzung in Aussicht. Die Versammlung berieth sodann die angegebenen Gegenstände und erklärte die Theilnahme auch am Nationalvere für gesetzlich statthaft, worauf Dr. Fr. Oetker die Anwesenden zum Beitritt und zur Verbreitung des Vereins in Kurhessen aufforderte. Hier wurde durch den anwesenden Beamten die Versammlung für aufgehoben erklärt und eventuell mit weiterem Einschreiten bedroht. Wie die „Morgenzeitung" ankündigt, wird Dr. Fr. Oetker, und dem Vernehmen nach auch sein Bruder, Obergerichtsanwalt Dr. Karl Oetker, welcher der Versammlung beiwohnte, wegen des fraglichen Vorgehen der Polizeibehörde Klage gegen den Staatsanwalt erheben, auch die Zurückziehung der polizeilichen Beschlüsse, welche die früher angekündigten Versammlungen verboten, verlangen. Man sieht dem Ausgange dieses Rechtsstreites begreiflicherweise mit Spannung entgegen, da darin die Frage nach der Rechtsbeständigkeit der Verordnung vom 26. Januar 1860 zur Entscheidung kommen muß, welche die Theilnahme auch an auswärtigen Vereinen mit Strafe bedroht. Es wird sich fragen, ob die betreffende Bestimmung nicht lediglich im Wege des Gesetzes hätte erlassen werden können.

Hanau, 6. Febr. [Zur Ausweisung des deutschkatholischen Geistlichen Biron.] Der von mehreren hiesigen Abgeordneten eingebrachte Antrag gegen die Ausweisung des Predigers unserer deutschkatholischen Gemeinde, Herrn Biron, ist von der Ständeversammlung bekanntlich dem Verfassungsausschuß überwiesen worden, und wie wir jetzt aus Kassel erfahren, ist der Verfassungsausschuß über jenen Antrag bereits schlüssig geworden. Referent ist Hr. Oetker II. und sein Bericht bereits festgestellt. Darnach wird zwar zugegeben, daß die Staatsregierung mit der Ausweisung formell in ihrem Rechte sei; es wird dann aber weiter ausgeführt, daß sie im vorliegenden Falle eine mißbräuchliche Anwendung ihrer formellen Befugniß sich habe zu Schulden kommen lassen und demgemäß die Ständeversammlung verpflichtet sein werde, auf Aufhebung jenes Ministerialbeschlusses zu dringen, durch welchen Birons Ausweisung veranlaßt worden war. Jener Ministerialbeschluß war vom Ausschusse zwar reclamirt, dem letzteren aber, als er seinen Bericht feststellte, noch nicht mitgetheilt worden.

Friedrichstadt, 5. Febr. [Erinnerungsfest.] Heute ist es ein Jahr, daß gegen Abend die auf Coldenbüttel und Schwabstadt abziehenden Dänen Friedrichstadt und die dortigen Befestigungswerke räumten. Zur Erinnerung an dieses erfreuliche Ereigniß prangten heute schon vom frühen Morgen an hier alle Straßen und Häuser im bunten Festgewande blau-, weiß-, rother und schwarz-roth-gelber Flaggen. Gegen Abend versammelten sich im Saale des Herrn Behrens die Mitglieder des Turnvereins, des Gesangvereins, die Kampfgenossen u. s. w., und ein Fackelzug bewegte sich demnächst durch die Hauptstraßen nach dem Marktplatze, wo unter Absingung patriotischer Lieder die Fackeln vollends verbrannt wurden. Auf denjenigen Plätzen, wo früher die sogenannte Borkmühl-Schanze und andere Hauptwerke standen, ja selbst auf dem südlichen Eiderdeich neben dem Brückenkopfe, waren Theertonnen errichtet, um mit dem Schein ihrer Flammen das Terrain jener Zwingburgen zu beleuchten. Ein Ball nebst einem Festessen werden jetzt die Feier beschließen. (H. N.)

Oesterreich.

⁂ **Wien,** 8. Febr. [Staat und Bank. — Creditanstalt im Königreich Italien. — Aus Ungarn und Croatien.] Her v. Plener genießt jetzt wieder die Ehre, in einer nicht eben beneidenswerthen Weise der Held des Tages zu sein. Er hatte im vorigen Jahre 16, und wird im laufenden Jahre 30, im nächsten über 45 Millionen an die Bank zu zahlen haben — wofür ihm das Budget für 64 die Veräußerung von Staatsgütern im Betrage von 15 Mill. bewilligte; der heurige Etat präliminirt 34 Millionen Domänen zur Veräußerung. Der Finanzminister aber hat den Verkauf so lange hinausschieben müssen, daß er jetzt bis nächsten Dinstag noch mehr als 11 Millionen an die Bank auf das 64er Conto zu entrichten hat. Natürlich kann da von einem Verkaufe nicht die Rede sein; wahrscheinlich wird ein, unter Herrn v. Haber zusammentretendes Consortium die Bank befriedigen und dafür bei der späteren Feilbietung der Domänen ein Vorkaufsrecht erhalten. Benutzt es alsdann das letztere, so bleiben die 11 Millionen die erste Anzahlungsrate, sonst werden sie mit Zinsen und Provision zurückerstattet. — Ob die Creditanstalt sich bei diesem Geschäfte betheiligen wird, ist noch ungewiß; dagegen hat dies Geldinstitut sich für ein paar Millionen bei dem Verkaufe der italienischen Domänen engagirt, welche die turiner Regierung jetzt feilbietet und die zum größten Theile zu den Besitzungen der vertriebenen Fürsten gehören. Das Geld ist kosmopolitisch, und die Creditanstalt thut sehr unrecht, diese Nachricht in einer Weise dementiren zu lassen, die eigentlich eine Bestätigung ist; daß aber Graf Mensdorff diese indirecte Anerkennung des Königreiches Italien sobald auf politischem Gebiete ratificiren wird, erscheint leider kaum glaublich. — Berichte aus Ungarn melden, daß dort in dem Prozesse Almassy drei, später auf 20jährigen Kerker herabgeminderte Todesurtheile, sowie eine noch unbekannte Anzahl von Verurtheilungen zu vierzehnjähriger Kerkerstrafe von den Militärgerichten ausgesprochen worden sind. Paul v. Almassy, 1849 Präsident des Unterhauses in Debreczin, als die Entsetzung des Hauses ausgesprochen wurde — ist anderthalb Jahre verhaftet und nie ist etwas Officielles über die gegen ihn erhobene Anklage oder die Zahl seiner Mitschuldigen bekannt geworden. Der allgemeinen Annahme nach handelte es sich damals — vor dem Uebertritt des Langiewicz — zur Zeit, wo Oesterreich die Bewegung in Galizien gewähren ließ, und die Magyaren durch Einberufung des siebenbürgener Landtages aufs Neue erbitterte — um einen Plan, den Aufstand in Congreßpolen über Galizien mit einer projectirten ungarischen Erhebung in Verbindung zu setzen. Hoffentlich wird die kaiserliche Gnade, die ja auch vor drei Jahren den Deputirten der Beschlußpartie Szilagyi seine zwölf Jahre Kerker nachsah, ehe er die Strafe noch angetreten, diesmal ebenfalls thätig eingreifen. Aber kann das etwas an der Ueberzeugung ändern, daß dies patriarchalische und inquisitorische Justizverfahren absolut unvereinbar ist mit einen konstitutionellen Staate, selbst wenn in demselben Ausnahmszustände herrschen? — Gegenüber der Banalconferenz in Agram, welche das Wahlgesetz für den nächsten kroatischen Landtag vorbereiten soll, beobachten die magyarischen Oppositionsmänner eine eigenthümliche Taktik, die sich kaum anders deuten läßt, als daß sie erst einmal sehen wollen, wie der Hase läuft. Die zur Conferenz eingeladenen Magnaten, wie Graf Pejacevic, Baron Prandau, erscheinen nämlich zwar nicht — erklären aber zugleich in den Blättern, daß ihre Entschuldigungsgründe (Krankheit, Geschäfte &c.) wörtlich zu nehmen seien und sie an eine passive Opposition gegen die Conferenz nicht dächten.

Italien.

Rom, 1. Febr. [Allerlei Verwickelungen. — Cardinal Grasselini. — Der spanische Botschafter.] Die Verlegenheiten für den römischen Stuhl, schreibt man der „N. Pr. Ztg." häufen sich; mit Frankreich hat man, abgesehen von der großen Affaire wegen der Encyklica, eine sehr unangenehme Verwickelung wegen des Bischofs von Nizza, welcher sich ganz als französischen Prälaten betrachtet und seine Diöcese der Freiheiten der gallicanischen Kirche theilhaftig machen will, während man ihn hier durchaus noch als subalpinischen (sardinischen) Bischof betrachtet und seine Diöcese nicht zu Frankreich rechnet. Der Bischof hat sich klagend an Drouyn de Lhuys gewendet, und nun werden bittere Bemerkungen ausgetauscht. Der hiesige niederländische Ministerresident Graf Louis Duchastel protestirt gegen die Heiligsprechung der sogenannten Märtyrer von Gorkum und erklärt es für eine Beleidigung seines Herrscherhauses; denn diese Märtyrer von Gorkum waren Soldaten des Herzogs von Alba, welche im niederländischen Befreiungskriege von Soldaten des Prinzen von Oranien getödtet wurden. Ebenso wird der russische Geschäftsträger Baron Meyendorf gegen die Canonisation des Erzbischofs Josaphat Kurzewicz von Polozk protestiren. — Am päpstlichen Hofe ist viel die Rede von einer sehr lebhaften Unterredung, welche Cardinal Grasselini (Chef der liberalen Partei im Cardinals-Collegium) mit dem Papste gehabt hat. Man scheint zu fürchten, daß Grasselini die Wege d'Andrea's wandeln werde, der hier bereits für ganz außerhalb der Kirche stehend angesehen wird. — Einiges Aufsehen macht die Ankunft der Prinzeß Friederike von Hohenzollern, welche bekanntlich mit dem Marquis Joachim Napoleon Pepoli (Enkel Murat's und Signatair der berühmten Convention vom 15. September v. J., jetzt Victor Emanuel's Gesandter in St. Petersburg) vermählt ist. — Der spanische Botschafter Pacheco hat endlich sein Beglaubigungsschreiben überreicht; die Unterredung, welche er dabei mit dem Papste hatte, war kurz und kalt; man weiß, daß sich Spanien immer mehr Frankreich und Piemont nähert. Sein gran ricevimento war prächtig und königlich, es litt nur durch den Haufen von Engländern, der sich zugedrängt hatte. Die Frau Botschafterin, eine reizende Andalusierin von 20 Jahren (der Botschafter ist 63 Jahre alt), glänzte durch die außerordentliche Einfachheit ihrer Toilette. Uebrigens gilt Pacheco hier für einen Liberalen.

Frankreich.

* **Paris,** 6. Febr. [Die Thronrede.] Der Kaiser hat gestern die Redaction seiner Thronrede begonnen. Vorher wohnte er der Messe in den Tuilerien an. Die Thronrede wird, wie man jetzt wissen will, die Rückkehr der franz. Truppen aus Rom mit Bestimmtheit anzeigen und damit begründen, daß Florenz zur Hauptstadt Italiens gewählt worden und jeder Versuch, eine Versöhnung zwischen dem Papstthume und Italien herbeizuführen, gescheitert sei. Wie wenig übrigens die Italiener auf Rom verzichten wollen, mag man aus folgendem Umstande entnehmen: Die Bank von Turin (die Nationalbank) wird bekanntlich mit jener von Florenz vereinigt, und dies soll auf Grundlage von sechs Antheilen geschehen, von denen jede der genannten Banken zwei bekommen, während je ein Antheil für Rom und Venedig zurückgehalten werden soll.

[Zum Kirchenstreit.] Heute wird der Staatsrath in einer General-Versammlung den Bericht von Langlais über die Erklärung auf Mißbrauch gegen den Cardinal Erzbischof von Besançon und den Bischof von Moulins vernehmen. Langlais, weiland eine Stütze des Ultramontanismus, findet zwar Mißbrauch, hat aber seinem Berichte die allergelindeste Fassung gegeben und dabei, um mit der „France" zu reden, „sich von einem gerechten Gefühle der Ehrfurcht vor dem Episcopate leiten lassen." Dieser Bericht wird mit dem Beschlusse des Staatsrathes im „Moniteur" erscheinen und möglicherweise im Senate zu heftigen Auftritten führen; Mäßigung in der Form ist also von der Klugheit geboten, obwohl die Maßregel dadurch noch mehr an Eindruck verliert. Das Journal „Le Monde" fährt einstweilen fort, täglich etliche Protestschreiben in Betreff der Encyklica zu veröffentlichen, heute den Hirtenbrief des Cardinal Erzbischofs von Chambery und ein Schreiben des Bischofs von Saint-Claude an den Cultusminister. Schon der Geschäftsgang dieser Proteste ist lehrreich. Die Prälaten schicken meistens noch früher, als an den Cultusminister, ihre Proteste nach Rom ein, wo sie rasch übersetzt werden; dann wandern sie in die Bureau's des „Monde" und der anderen ultramontanen oder legitimistischen Blätter, damit kein Franzose darüber im Unklaren bleibe, daß die Bewegung nicht bloß für den Papst, sondern auch für den legitimen Souverain, den homme principe, den nicht von Millionen erwählten, sondern angestammten Souverain in Gang gesetzt sei. — Uebrigens wird die Confusion in der katholischen Partei immer größer. Nachdem sich die „gemäßigten" und „liberalen" Katholiken sehr viel auf das Schreiben zu Gute gethan haben, worin der päpstliche Nuntius dem Bischofe von Orleans Glück zu seiner, die Encyklica abschwächenden Broschüre wünscht, triumphiren heute die entschiedenen Ultramontanen, die Leute aus einem Gusse, über den Brief desselben Nuntius an den Bischof von Poitiers, welcher, obgleich der Antipode seines Collegen von Orleans, schon am 12. Jan. ebenfalls wegen seines Mandates beglückwünscht worden war. Die Sache erklärt sich ganz einfach so, daß der Nuntius, welcher das Pulver nicht erfunden hat, am 12. Januar noch der Meinung war, es habe mit dem ganzen Spuk nicht viel auf sich, späterhin aber zu der Einsicht kam, daß „allzu scharf, schartig mache." Dem Bischof von Poitiers mochte es, in seinem ultramontanen Aerger über die Manöver seines Collegen von Orleans, als guter und ehrlicher Krieg erschienen sein, nachträglich den Brief des Nuntius an ihn zur öffentlichen Kunde bringen zu lassen. Die Lacher sind nicht auf der Seite des Nuntius. — Ein anderer Triumph der Vollblutultramontanen ist das Circulair des Bischofs von Montauban, welches in der That ein wahres Meisterstück religiöser Polemik ist.

[Zur Unterrichtsfrage.] Auch Hr. Magne, Mitglied des geheimen Rathes, ist vom Kaiser als Mitglied der Commission über das Gesetz wegen des unentgeltlichen Unterrichtes ernannt worden. Die Majorität sprach sich in der letzten Sitzung des geheimen Rathes gegen eine so ausgedehnte Unentgeltlichkeit, wie Duruy und Prinz Napoleon sie verfochten, aus. „Das Schulgeld, das jetzt jährlich in Frankreich bezahlt werde", wurde bemerkt, „betrage an die 30 Mill. Frs.; diese würden auf das Budget gesetzt werden müssen, was bei der jetzigen Finanzlage bedenklich sei. Ist dies richtig, so liegt darin ein neuer, triftiger Grund, den pflichtmäßigen Schulbesuch vorzuziehn und zu beschließen, daß jeder Franzose Lesen und Schreiben lernen soll."

[Ackerbau-Ministerium] Wie es heißt, soll die Errichtung eines neuen Ministeriums in Aussicht stehen. Man will nämlich das Departement des Ackerbaues von dem Bauten-Ministerium und das der Wälder von dem der Finanzen trennen, und aus denselben unter der Direction des Hrn. Forcade de la Roquette das neue Ministerium bilden. Diese Trennung würde ein wesentlicher Fortschritt sein.

[Zur Bankfrage.] Die Nachricht der „Independance belge", daß die Untersuchung betreffs der Banken aufgegeben sei, wird als eine Tendenzlüge bezeichnet, die von denen erfunden zu sein scheint, welche dieselbe mit Angst erfüllt. Die Regierung kann dies schon wegen der öffentlichen Meinung nicht thun: diese verlangt sie und würde sich arg verletzt fühlen, wenn die Untersuchung wirklich nicht erfolgte.

[Der Appellationshof] hat in einer sehr wichtigen Frage seinen Spruch gethan. Derselbe hat sich nämlich dahin ausgesprochen, daß die Wechsel-Agenten (sie verkaufen an der Börse die Renten und Werthpapiere) genöthigt sind, in ihre Bücher und erste Notizen (auch die, welche sie an der Börse aufschreiben) ihren Kunden Einsicht gestatten müssen. Der Kläger war der Baron B. und die Verklagten der Wechsel-Agent B. und merkwürdigerweise der Credit-Mobilier.

[Der Kaiser als Akademiker.] Es geht die Rede, der Kaiser solle an die Stelle des Herrn Ampère zum Mitgliede der Akademie erwählt werden und die Akademie wolle diesesmal die Initiative ergreifen und dem Staats-Oberhaupte seine Wahl anzeigen, ohne daß er irgend einen Schritt dazu gethan hätte. Schon früher, nach dem Tode des Herzogs von Pasquier, soll der Kaiser den Wunsch geäußert haben, in die Akademie einzutreten; es wäre ihm angenehm, heißt es, eine Rede zu halten über einen Mann, der schon unter dem alten Regime lebte und dessen Carriere somit Gelegenheit geboten haben würde, eine förmliche Abhandlung über unsere Zeitgeschichte zu liefern. Bei jener Gelegenheit wurde bereits über Einzelheiten verhandelt, wie darüber, was zu thun sei, da doch das Staats-Oberhaupt unmöglich die üblichen Besuche bei den Akademiemitgliedern machen könne. So wurde denn auch vorgeschlagen, daß der Staatsminister im Namen des Kaisers die Besuche machen würde. Die Aufnahmesitzung sollte in Tuilerien stattfinden. Doch ist es bei dieser ganz vertraulichen Unterhaltung geblieben, und von keiner Seite irgend ein amtlicher Schritt geschehen. Nun will die Akademie dem Kaiser zuvorkommen.

[Guizot.] Wie man jetzt erfährt, haben sich die protestantischen Geistlichen der französischen Hauptstadt zu Herrn Guizot begeben, um von ihm wegen der Anklagen, die im „Siècle" gegen ihn erhoben wurden, Aufklärung zu erbitten. Die verlangten Erklärungen betreffen vier Punkte: 1) die Niedermetzelung der Protestanten von Nismes; 2) die von dem Admiral Dupetit Thouars befehligte Expedition gegen Hayti; 3) die Sonderburgs-Frage; 4) die Ernennung des Paters Lacordaire zum Mitgliede der französischen Akademie. Hr. Guizot verstand sich dazu, diese Erklärungen zu geben, und dieser Tage wird eine Broschüre erscheinen, um das „Siècle" zu widerlegen.

[Zu den Wahlen.] Bekanntlich ist die im Gard-Departement auf Hrn. Bravay gefallene Deputirtenwahl noch bis jetzt nicht bestätigt worden. Es wird versichert, daß bei Beginn der Session Hr. Picard im Auftrage einer großen Anzahl von Wählern suchen wird, zur Annullation dieser Wahl zu gelangen. Es heißt auch, Hr. Picard werde die letzte Wahl des Maine-Departements angreifen.

[Verschiedenes.] Wie von früher her bekannt ist, hat der Sultan die St. Annakirche zu Jerusalem der französischen Regierung geschenkt, die sofort die nöthigen Ausbesserungen der Gebäulichkeiten vornehmen ließ. Dieser Tag nun hat Herr Drouyn de Lhuys zur würdigen Vollendung der begonnenen Arbeiten und zur Demolirung einiger alter Häuser, welche die Seitenwände der Kirche verkleben, von dem Staatsrath eine außerordentliche Subvention von 140,000 Francs verlangt und erhalten, und man glaubt, daß diese Summe für den genannten Zweck ausreichen wird. — Durch den Tod des berühmten englischen Orientalisten William Cureton war eine der acht Stellen, welche die Académie des inscriptions et belles lettres für auswärtige ordentliche Mitglieder (membres associés) hat, frei geworden. Um die Wiederbesetzung fand ein lebhafter Kampf in der Akademie statt, indem als Kandidaten der Philologie Friedrich Ritschl in Bonn, der Aegyptolog Richard Lepsius in Berlin, und der Archäolog J. de Witte aufgestellt waren, von denen der letztere, ein geborener Belgier, seit langen Jahren in Paris selbst lebt. Ihn traf denn auch die schließliche Wahl, bei welcher Ritschl 13, de Witte 17 Stimmen erhielt. — In diesem Jahre läuft die 30jährige Frist ab, welche Talleyrand für Veröffentlichung seiner hinterlassenen Memoiren festsetzte. Man ist gespannt, ob seine Erben: Hrn. v. Talleyrand-Perigord diese Veröffentlichung vornehmen werden. Man zweifelt daran, da diese Memoiren eigenthümliche Enthüllungen über die Intriguen und Beziehungen hochgestellter Damen jener Zeit enthalten sollen. Ja, man versichert, der „Herzog von Montmorency" sei der Lohn für die Discretion des Herrn v. Talleyrand. — Von Dupin wird ein neues Witzwort erzählt. Sein Arzt erklärte ihm, daß der Druck, den er empfinde, das Hauptübel sei, gegen das man ankämpfen müsse. Ach ja, der Druck, sagte Dupin, „ich war immer gegen den Druck."

Großbritannien.

London, 7. Febr. [Die diesjährige Session des Parlaments] wurde durch eine königliche Commission mit folgender (der „K. Z." telegraphirten) Thronrede eröffnet:

Mylords und meine Herren!

Wir haben den Befehl erhalten, Ihnen zu versichern, daß es Ihrer Majestät zur großen Genugthuung gereicht, wiederum den Rath und Beistand ihres Parlaments in Anspruch zu nehmen.

Die Unterhandlungen, welche der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen mit dem Könige von Dänemark angeknüpft hatten, sind durch einen Friedensvertrag zum Abschlusse gebracht worden, und die Mittheilungen, welche Ihre Majestät von den fremden Mächten erhält, veranlassen sie, die wohlbegründete Hoffnung zu hegen, daß keine neue Störung des europäischen Friedens zu befürchten steht.

Der Bürgerkrieg in Nordamerika dauert leider noch immer fort. Ihre Majestät behauptet unwandelbar ihre Neutralität zwischen den streitenden

Parteien und würde über eine freundschaftliche Versöhnung zwischen ihnen erfreut sein.

Ein in Rebellion gegen seinen Herrscher begriffener japanesischer Daimio hatte die Großbritannien und gewissen anderen Mächten vertragsmäßig zugestandenen Rechte verletzt, und da es der japanischen Regierung nicht gelungen war, ihn zum Ablassen von seinem rechtswidrigen Treiben zu nöthigen, so unternahmen die diplomatischen Agenten und Flottenbefehlshaber Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande und der Vereinigten Staaten Nordamerika's eine gemeinsame Operation zu dem Zwecke, die von den betreffenden Regierungen vertragsmäßig erlangten Rechte geltend zu machen. Diese Operation ist mit vollständigem Erfolge gekrönt worden und ihr Ergebniß hat dem auswärtigen Handel Sicherheit und der japanischen Regierung, zu welcher Ihre Majestät in freundschaftlichen Beziehungen steht, größere Stärke verliehen. Papiere in Bezug auf diesen Gegenstand werden Ihnen vorgelegt werden.

Ihre Majestät bedauert, daß der Kampf mit einigen der eingebornen Stämme auf Neuseeland noch nicht zu Ende gediehen ist; aber die erfolgreichen Bemühungen der regelmäßigen Streitkräfte Ihrer Majestät, welche von den in der Colonie ausgehobenen unterstützt wurden, haben zur Unterwerfung eines Theiles der Aufständischen geführt, und diejenigen, welche noch unter den Waffen stehen, sind von den billigen Bedingungen in Kenntniß gesetzt worden, unter welchen man ihre Unterwerfung annehmen würde.

Ihrer Majestät hat es zur großen Genugthuung gereicht, dem Zusammentritte einer Conferenz von Abgeordneten ihrer verschiedenen nordamerikanischen Provinzen, die sich auf Einladung des General-Gouverneurs Ihrer Majestät zu Quebeck versammelte, ihre Sanction zu ertheilen. Diese Abgeordneten haben Beschlüsse gefaßt, welche eine engere Verbindung dieser Provinzen unter einer Central-Regierung bezwecken. Wenn diese Beschlüsse von den Provinzial-Parlamenten genehmigt sind, so wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher die Ausführung dieses wichtigen Schrittes betrifft.

Ihre Majestät freut sich über die im Allgemeinen in ihrem indischen Gebiete herrschende Ruhe; aber Ihre Majestät bedauert, daß lange fortgesetzte, an Person und Eigenthum von Unterthanen Ihrer Majestät verübte Frevelthaten, für welche keine Genugthuung zu erlangen war, die Verwendung einer Streitkraft nöthig gemacht haben, um Genugthuung für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft zu erlangen.

Ihre Majestät beklagt tief jenes Unglück, welches in Kalkutta und an anderen Orten Indiens vor Kurzem große Verluste an Menschenleben und Eigenthum verursacht hat. Rasche Hilfe wurde durch die Bemühungen der Regierung geleistet, und hochherzige Beiträge wurden in verschiedenen Theilen Indiens zur Linderung der verursachten Leiden beigesteuert.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ihre Majestät hat verfügt, daß Ihnen die Voranschläge für das nächste Jahr vorgelegt werden; dieselben sind mit dem eifrigsten Streben nach Sparsamkeit und mit der gebührenden Rücksichten auf die Anforderungen des Staatsdienstes ausgearbeitet worden.

Mylords und meine Herren! Ihre Majestät befiehlt uns, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß die allgemeine Lage des Landes befriedigen ist und daß dir Staatseinkünfte die erwartete Höhe erreichen.

Der Nothstand, welcher in einigen der Fabrikbezirke herrschte, hat bedeutend nachgelassen und die zur Förderung öffentlicher Bauten in jenen Bezirken erlassene Akte hat nützliche Ergebnisse erzielt.

Irland hat im verflossenen Jahre seinen Antheil an den Segnungen einer guten Ernte gehabt, und Handel und Gewerbefleiß blühen allmählich in jenem Theile des Reiches auf.

Verschiedene gemeinnützige Maßregeln werden Ihnen zur Erwägung unterbreitet. Es werden Ihnen Gesetzvorschläge zur Concentration aller Justiz- und Aequitäts-Höfe nebst ihren Bureaux, an einer passenden Stelle vorgelegt werden, eine Maßregel, welche, wie Ihre Majestät hofft, die Rechtspflege wohlfeiler machen und ihren Gang beschleunigen wird. Die durch neulich erlassene Parlaments-Akte bereits weit gediehene wichtige Arbeit der Revision des Statutar-Rechtes wird durch eine Ihnen vorzulegende Bill vollendet werden. Ihre Majestät hofft, daß diese Arbeit ein Schritt zum Zustandekommen einer juristischen Codificirung sein werde.

Es werden Ihnen ferner Entwürfe zur Erwägung vorgelegt werden, welche die Verbesserung der Patent-Gesetzgebung bezwecken und den Grafschafts-Gerichten eine billige Jurisdiction in Sachen, bei denen es sich um geringe Summen handelt, verleihen.

Ihr Beistand wird ferner in Anspruch genommen werden zur Verwirklichung gewisser Schritte, die dem Hause der Gemeinen nach einer Untersuchung anempfohlen wurden, welche dieses Haus in Bezug auf die Zweckmäßigkeit der Armen-Gesetzgebung angestellt hatte.

Es wird Ihnen ferner ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher sich auf den Bericht des Untersuchungs-Ausschusses stützt, der sich mit den öffentlichen Schulen beschäftigte, und Ihre Majestät hat die Ernennung einer Commission verfügt, welche die Verhältnisse der dotirten Schulen und anderer Schuln in England prüfen soll, die nicht in die neuliche, den Volksunterricht betreffende Untersuchung einbegriffen waren.

Ihre Majestät stellt die großen Interessen des Landes vertrauungsvoll Ihrer Weisheit und Gewissenhaftigkeit anheim, und betet inbrünstig, daß der Segen des allmächtigen Gottes über ihren Berathungen walten und Ihre Beschlüsse zu der Erreichung des Zieles ihrer fortwährenden Sorgfalt, nämlich der Wohlfahrt und des Glückes ihres Volkes, lenken mögen.

E. C. **London,** 6. Febr. [Die Einheit Italiens] — sagt die „Saturday Review" — ist noch immer ein Experiment, obgleich ihr dauernder Bestand mit jedem Jahre wahrscheinlicher wird. . . Die Revolution begann von oben, und die gebildeten Klassen haben die Pflicht, unter der Leitung der von ihnen selbst gewählten Staatsmänner das Unternehmen einem glücklichen Ende entgegenzuführen. Die Regierenden in Italien sind glücklicher Weise für ihre schwierige Aufgabe nicht unbefähigt, denn kein europäisches Gemeinwesen hat in den letzten Jahren so viel Festigkeit, Klugheit und Mäßigung bewiesen. Das Parlament mag seine Fehler haben, aber die beiden entgegengesetzten Irrthümer, Servilismus und Factionstreiben, hat es systematisch vermieden. Seine Führer haben es verstanden, ein gutes Einverständniß mit der Krone und zugleich das Vertrauen des Volkes sich zu bewahren. . . . Als besonders schlagendes Beispiel von der Klugheit des Parlaments, betrachtet die „Saturday Review" das Verhalten der Deputirten in der Angelegenheit der turiner Unruhen:

Die italienischen Minister haben die hinlänglich deutliche Warnung erhalten, daß man sie künftig für die Ausschreitungen der Polizei und des Militärs verantwortlich machen wird. In den glückseligen Tagen des Absolutismus würde ein ähnlicher Zusammenstoß zahlreiche Verhaftungen, wo nicht einen Belagerungszustand, zur Folge gehabt haben, und die Soldaten, die auf das Volk gefeuert hätten, wären ohne weitere Untersuchung belobt und belohnt worden. Die Gewalt ist jetzt in die Hände Derjenigen übertragen, die mehr mit dem Gemeinwesen im Ganzen als mit den Werkzeugen der vollziehenden Behörde sympathisiren. Die Kammer hätte, ohne geradezu eine Ungerechtigkeit zu begehen, sich durch ein äußerst strenges Verfahren gegen die mißliebigen Minister eine wohlfeile Popularität erkaufen können. Sie hat ihren gesunden Verstand und ihr patriotisches Gefühl bewiesen, indem sie auf die Gefahr hin, sich einer zeitweiligen Verkennung und Verleumdung auszusetzen, nach besten Kräften die Eintracht gefördert hat.

[Auf die Beglückwünschungsadresse des internationalen Arbeitervereins] an den Präsidenten Lincoln antwortet der hiesige amerikanische Gesandte Hr. Adams im Auftrage des Präsidenten mit einem Schreiben, an dessen Schlusse es heißt:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist sich klar bewußt, daß ihre Politik weder eine rückschrittliche ist noch sein kann; zugleich aber hält sie fest an der Bahn, die sie von Anfang an verfolgt hat; sie enthält sich überall des Propagandamachens und ungesetzlicher Einmischung. Sie strebt danach, allen Staaten und allen Menschen gleiches und unverkümmertes Recht widerfahren zu lassen, und auf die wohlthätigen Erfolge solcher Bestrebungen baut sie, wenn sie in ihrem eigenen Lande auf Kräftigung und Unterstützung, im Auslande auf allseitige Achtung und freundschaftliche Gesinnung rechnet. Nationen existiren nicht ausschließlich für sich selbst, sondern, um durch Verkehr und Beispiel die Wohlfahrt und das Glück der Menschheit zu fördern. In diesem Lichte betrachten die Vereinigten Staaten ihre Sache bei dem gegenwärtigen Kampfe gegen die aufständischen Vorfechter der Sklaverei als eine Sache der menschlichen Natur im Allgemeinen, und neue Aufmunterung, in ihrem Streben zu verharren, empfangen sie von dem Zeugnisse der Arbeiter Europa's, welche der Haltung der Nation ihren großherzigen Beifall und ihre ernsten Sympathien entgegenbringen."

[Zur **Foreign Enlistment Act**.] Vor dem Gerichtshofe der Queen's Bench ist ein Prozeß zu Ende geführt worden, welcher mehrere Tage in Anspruch genommen und das Publikum sehr interessirt hat. Ein kgl. Marinebeamter, Mr. Rumble, stand unter der Anklage, bei der Ausrüstung und Bemannung des bekannten conföderirten Kriegsdampfers „Rappahannock" (welcher von Sheerneß in See ging und in Calais, wo er noch liegt, von der französischen Regierung zurückgezogen wurde) thätig gewesen zu sein. Die Vertheidigung trat den Beweis an, daß Hr. Rumble von der Bestimmung des Schiffes nicht gewußt, vielmehr geglaubt habe, es werde als Kauffahrer nach China gehen. Die von der Anklage (dem Solicitor-General) vorgeführten Zeugen machten sehr gravirende Aussagen; die Jury jedoch erkannte auf nichtschuldig. Blätter, welche nicht zu den Gegnern der Nordstaaten gehören, sind mit dem Urtheile nicht sonderlich zufrieden. „Daily News" spricht sich in scharfen Ausdrücken gegen dasselbe aus und legt Verwahrung dagegen ein, daß die zwölf Männer, welche sich zufällig auf der Jurybank zusammen gefunden hätten, die Ansicht des englischen Publikums repräsentiren sollten; selten habe eine Jury so offenbare Beweise eines vorgefaßten Urtheils kundgegeben. Das Blatt nimmt die Gelegenheit wahr, die Nothwendigkeit einer Revision der mangelhaft abgefaßten **Foreign Enlistment Act** an's Licht zu stellen.

[General M'Clellan] nebst Weib und Kind ist gestern mit dem Dampfer „China" in Liverpool angekommen. Die von seinen Freunden in Boston ihm angebotene Yacht soll er ausgeschlagen haben. Wie ein newyorker Blatt schreibt, wird er sich mehrere Jahre in Europa aufhalten und umfassende kriegswissenschaftliche Studien machen.

[Personalien.] Der liberale Vertreter des londoner Wahlbezirks Westminster Sir De Lacy Evans (geboren 1787) hat seinen Wählern angezeigt, daß er bei der nächsten Wahl nicht mehr in die Schranken treten, sondern sich in's Privatleben zurückziehen wird. — In der Sitzung des Geheimen Staatsraths in Osborne ist der an Sir Charles Trevelyans Stelle zum Finanzminister für Indien ernannte Mr. W. N. Massey (bisher Parlamentsmitglied für Salford) als Mitglied des geheimen Staatsraths vereidigt worden. — Cardinal Wiseman's Befinden wird als sehr bedenklich bezeichnet. Gestern Nachmittag ertheilte der Generalvicar Dr. Hearn dem Patienten die letzte Oelung.

[Die Königin und die Eisenbahnen.] Die „Saturday Review" meint, daß es gar nicht übel wäre, wenn die Thronrede einen Passus enthielte, der die Mitglieder beider Parlamentshäuser dazu beglückwünschte, daß sie ohne Hals-, Arm- und Beinbruch per Eisenbahn nach London gekommen seien. Leider werde das neuliche Schreiben der Königin an einige Eisenbahn-Compagnien wahrscheinlich wirkungslos bleiben. Ohne die Malice eines Bahndirectoriums — welches zufällig in letzter Zeit keine Unfälle producirt hat — würde das Schreiben der Königin gar nicht an's Licht der Oeffentlichkeit gelangt, sondern im Makulaturkorb der londoner Directoren vergessen worden sein.

Niederlande.

Haag, 4. Febr. [Ein literarischer Skandal] hat im ganzen Lande großen Lärm gemacht; die Nation war indignirt über einen in unserer angesehensten Zeitschrift, dem „Gids," veröffentlichten platonischen Dialog. Busken Huet, unser geistvollster und schärfster Kritiker — seine Schärfe hat ihm den Beinamen des „Henkers von Haarlem" eingetragen — ließ sich beifallen, die Königin und ihre Hofdamen redend aufzuführen, um ihnen eine vernichtende Kritik des den Fürsten gewidmeten Almanachs „Aurora" in den Mund zu legen. Mir scheint dabei das Majestätsverbrechen weniger groß als die ästhetische Sünde. Außerdem hatte der Verfasser aus mißverstandenem Realismus einer der Hofdamen, die er alle mit Namen nennt, einige Worte von cynischer Derbheit in den Mund gelegt, die der Shakespeare'schen Beatrix vielleicht angemessen gewesen wären. Die Empfindung fast der ganzen Nation, selbst der Radikalen, bei dieser Profanation des Herdes der verehrten Oranier mögen Sie sich vorstellen, wenn Sie an die Gefühle gewisser Kreise über das Tagebuch Varnhagens denken. Dem Haag hat es geschaudert. Uebrigens hat die Königin der Redaction des „Gids" ihr Mißvergnügen bezeigen lassen. (N. Z.)

Amerika.

New-York, 25. Jan. [Der amtliche Bericht des Admirals Porter] über die Einnahme des Forts Fisher lautet:

Ver. St. Flaggenschiff Malvern, vor Fort Fisher, 15. Januar.

Ich habe die Ehre, zu melden, daß wir im Besitze von Fort Fisher sind und der Fall der Außenwerke sehr bald erfolgen wird. Wie ich in meinem letzten Berichte sagte, haben wir mit Panzerschiffen zu operiren begonnen, welche bombardirten, während wir die Truppen landeten. Am 14ten befahl ich allen Schiffen, welche 11zöllige Kanonen haben, mit der „Ironsides" zu operiren. Die „Brooklyn" führte die Division an. Mit Sonnenuntergang war das Fort nur noch ein Erdhaufe. Jede Kanone war zum Schweigen gebracht, entweder demontirt oder mit Erde bedeckt. Am 15. bereitete General Terry in Gemeinschaft mit mir den Sturm vor. Ich commandirte 1400 Matrosen und Marinesoldaten, daran Theil zu nehmen. Mit Tagesanbruch begannen die „Ironsides", die „Brooklyn" nebst den elf Kanonenbooten ihr Feuer, während die Landtruppen sich 1500 Yards vom Fort festsetzten. Um 10 Uhr rückten alle Schiffe in die Linie und ein heftiges Feuer wurde bis 3 Uhr Nachmittags unterhalten, wo das Signal zum Sturm gegeben wurde. Die Landmacht nahm die Landseite, die Matrosen die Seeseite und die Schiffe richteten ihr Feuer gegen andere Werke. Die Rebellen kämpften mit einem Muthe, einer besseren Sache werth. Dreißig Matrosen erstiegen das Parapet inmitten eines mörderischen Feuers. Sie pflanzten die Fahne auf, wurden aber in einem Momente weggefegt. Andere versuchten ein Gleiches. Die Marinesoldaten konnten das Parapet von Feinden frei halten durch beständiges Feuern, aber sie verfehlten, dies zu thun, und die Matrosen mußten weichen. Mancher Brave fiel, während er versuchte, durch ein kühnes Beispiel den Muth der Kameraden zu erhöhen und am nordöstlichen Winkel einen Eingang zu erzwingen. Der Feind hielt den Angriff der Matrosen für den der Hauptmacht und zeigte einen verzweifelten Widerstand. Ich habe die ganze Affaire überwacht und denke, die Marinesoldaten konnten den Erfolg sichern. Während dessen hatten unsere braven Soldaten auf der nordöstlichen Ecke Fuß gefaßt, wie Löwen kämpfend und jeden Zoll erobernd. Die Schiffe setzten ihr Feuer gegen die Traversen und solche Punkte fort, welche noch vom Feinde besetzt waren. Auf diese Weise fochten unsere Soldaten von Traverse zu Traverse von 3 Uhr bis 10 Uhr Abends, wo die frohe Botschaft zur Flotte gelangte. Wir stellten unser Feuer ein und gaben denselben die drei herzlichsten Hurrahs, die ich jemals hörte. Es war der furchtbarste Kampf, den ich je gesehen, und sehr harte Arbeit. Die Truppen haben sich mit Ruhm bedeckt. General Terry hat nur wenige Truppen mehr, als wir das erstemal hatten, während damals die feindliche Besatzung nur aus 150 Mann bestand. Diesesmal waren die Werke vollständig bemannt mit etwa 800 Mann. Ich bedauere aufrichtig, meine tapferen Offiziere und Mannschaft so stark mitgenommen zu sehen; aber ich wollte nicht, das die Landtruppen die Einnahme der Werke übernehmen sollten, ohne daß die Marine die Gefahr theile, wozu Alle so gern bereit waren. Und es hätte ihnen die Ehre zu Theil werden müssen, unseren Waffenbrüdern im Fort zu begegnen, wären die Matrosen gehörig unterstützt gewesen. Unser Verlust besteht aus 200 Todten und Verwandeten, darunter einige Offiziere. Ich beklagte den Tod des Lieutenauts T. W. Preston und B. H. Parker. Sie waren beide im Fort Sumter in Gefangenschaft gerathen und sie starben beide zusammen im Kampfe gegen die Verräther-Flagge. Lieutenant R. H. Samson wurde schwer verwundet. Er war jüngst auch mit Preston auf dem Pulverschiffe. Lieutenant George Bache und eine Anzahl Anderer sind verwundet, ersterer nicht gefährlich. Der Sturm fand erst vor wenigen Stunden statt und es ist unmöglich, eine vollständige Liste der Todten und Verwundeten zu geben. Wir litten schwer beim Sturm, aber von den feindlichen Kanonen gar nicht. Da ich weiß, mit welcher Spannung Nachricht von Fort Fisher erwartet wird, habe ich eilig diese Zeilen entworfen; ich kann aber nicht sagen, welcher Aufopferung die Armee und Marine sich unterzog, um diesen Sieg zu erringen, welchen wir zum Christfest schon hätten feiern sollen mit einem Verluste von weniger als einem Dutzend Mann. Es war ein Tag furchtbaren Kampfes, den nichts während des ganzen Krieges übertrifft. Wir sind alle todtmüde und Sie müssen diesen kurzen, ungenügenden Bericht entschuldigen. Morgen schreibe ich ausführlicher mit der „Santiago de Cuba," welche die Verwundeten wegführt. Außer der Besatzung in Fort Fisher waren etwa 500 in den oberen Werken und eine Verstärkung von 1500 Mann kam heute Morgen mit Dampfern an. Es ist meine Meinung, daß wir bis jetzt nur die Besatzung von Fort Fisher gefangen nahmen. Ich glaube nicht, daß je ein Festungswerk einem heftigeren Feuer ausgesetzt war, oder wo das ganze Terrain um die Festung eine solche Umwälzung erlitten. Kein Fleckchen Erde, welches nicht von unseren Bomben aufgewühlt worden wäre. Ich kenne noch nicht den Verlust des Feindes. Eine unserer Bomben drang in eine Casematte, tödtete 16 und verwundete 25 Mann. Ich denke, wir sind im Besitze aller Forts, da Fort Fisher sie alle beherrscht. Es ist jetzt so spät, daß ich nichts Weiteres in Erfahrung bringen kann vor morgen Früh.

Ich bin ꝛc. D. D. Porter, Contre-Admiral.

Auf dem Kriegsministerium zu Washington ist folgendes Telegramm des Generals Grant eingetroffen:

City Point, Virginia, 23. Januar.

An Hon. Stanton ꝛc. Einer meiner Stabsoffiziere ist so eben mit Depeschen von General Terry von Fort Fisher zurückgekehrt. Ich ziehe daraus Folgendes aus: Am 16. sprengte der Feind die Forts Caswell und Campbell auf und verließ sie und die Werke auf Smiths Island, so wie die bei Smithville und Reeves Point. Diese Plätze wurden von der Flotte besetzt, und die ganze Anzahl der genommenen Kanonen beläuft sich auf 162. Auch eine große Menge kleines Gewehr fiel in unsere Hände, außer einer Quantität von Geschütz- und Commissariats-Vorräthen. Unsere Unfälle stellen sich als kleiner heraus, wie zuerst berichtet wurde. Sie summiren sich, wie folgt: 12 Offiziere und 107 Mann getödtet, 45 Offiziere und 490 Mann verwundet.

U. S. Grant.

[Mit Bezug auf die angebliche Abtretung mexicanischer Provinzen] bringt die „Telegraphic News Association" folgende Depesche: „Washington, 25. Jan. Es ist die sichere Nachricht von der Abtretung der Nordwest-Provinzen Mexico's an Frankreich eingetroffen. Das Abkommen ward vor mehreren Monaten mit dem Kaiser Napoleon im Geheimen abgeschlossen. Es wird als ein napoleonischer Schachzug zu Gunsten des Südens betrachtet."

Rio-Janeiro, 8. Jan. [Zur Florida-Angelegenheit.] Der „Patrie" gehen Nachrichten von hier zu, welche anzeigen, daß die brasilianische Regierung in sehr festen Worten auf die Depesche des Herrn Seward bezüglich der Florida-Angelegenheit geantwortet hat. Die Regierung will die vom Minister des Herrn Lincoln aufgestellten Grundsätze nicht zugeben und beruft sich auf die Ansicht der beiden großen europäischen Seemächte.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 9. Februar. [Tagesbericht.]

** [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde von dem Vorsteher Justizrath Bouneß um 4¼ Uhr eröffnet. Aus den geschäftlichen Mittheilungen sind folgende hervorzuheben. Magistrat hat sich bereit erklärt, er wolle ev. den Neubau und die Unterhaltung der Dombrücke, hinsichtlich deren bisher der Fiscus verpflichtet war, gegen eine Entschädigung von 45,000 Thlr. übernehmen; die Entscheidung der königl. Regierung wird erwartet. — Ein Bebauungsplan für die angrenzenden Dörfer Neudorf, Gabitz, Kleinburg, Huben ꝛc. ist bisher nicht aufgestellt; dies kann auch solange nicht geschehen, als jene Ortschaften nicht zur Stadt gehören. Für das bevorstehende Jubiläum des Partikulier Gottheiner wird eine Deputation ernannt; ebenso für die Beerdigung des gestern verstorb. Uhrmacher Steinlein, welcher dem Collegium in den Jahren 1815—1848 angehört und demnächst ein anderes städtisches Ehrenamt bekleidet hat.

Von den Gegenständen der Tagesordnung, die heut ihre Erledigung fanden, hatten nur folgende allgemeineres Interesse. Die Anstellung einer neuen Klage wider die hiesige Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft wird in der bereits erwähnten Weise genehmigt. Ferner genehmigte die Versammlung den Etat, wonach ein Dispositions-Quantum von 22,500 Thlr. zur halbjährigen Verzinsung der frühestens mit dem 1. Juli 1865 aufzunehmenden neuen Anleihe von 1,000,000 Thlr. à 4½ pCt. bereit gehalten werden soll. Der verw. Raths-Bureau-Assistent Sch. wurde das für ihren Sohn gewährte Erziehungsgeld auf weitere 3 Jahre bewilligt. Mit dem magistratualischen Antrage, daß die Rückzahlung der der Stadtgemeinde an den breslau-odervorstädtischen Deichverband zustehenden Forderung von 5800 Thlr. durch eine gleich hohe Summe von 4½prozentigen Obligationen jenes Verbandes alsbald nach deren Emanirung erfolge, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Hierauf wurde der Schuldschein über das für die städtische Gas-Anstalt aus der Sparkasse entnommene Darlehn im Betrage von 250,000 Thlr. mit einer von der Finanz- und Steuer-Commission vorgeschlagenen geringen Aenderung genehmigt; ferner die Pensionirung des Armenhaus-Inspektors Julius Weidemann vom 1. März d. J. ab mit jährlich 150 Thlr.; sodann wurden 206 Thlr. aus den Beständen der Schießwerder-Verwaltung für Baulichkeiten auf dem Grundstück Nr. 4 am Schießwerder bewilligt.

Der Etat für die Verwaltung des Schießwerders auf das Jahr 1865 mit 5,395 Thlr. in Einnahme und Ausgabe erlangte die Genehmigung mit der von der Grundeigenthums-Commission vorgeschlagenen Maßgabe, daß über Extraausgaben, welche für einen Zweck die Summe von 50 Thlr. erreichen, die Versammlung befragt werden soll.

Nach Erledigung einer Reihe älterer Rechnungssachen wurde der Etat für die Verwaltung der städtischen Steuern, Handels- ꝛc. Abgaben und Gefälle pro 1865, wie solcher in dieser Zeitung bereits wiederholentlich erwähnt und beleuchtet ist, genehmigt.

Demnächst berichtet Stadtv. Stetter über die Verhandlungen der vereinigten Commissionen für Finanz- und Steuer-Wesen und für Gewerbe-, Markt- und Handels-Angelegenheiten, welchen die Begutachtung des Sturm-Neugebauerschen Antrages, in Bezug auf die dem Comité der Rechten-Oderufer-Eisenbahn-Gesellschaft in Aussicht gestellte Actien-Zeichnung von 200,000 Thlr. obgelegen. Da bisher von Seiten der russischen Regierung keine Linie für die Verbindung mit den diesseits projectirten Bahnen festgestellt ist, so hielt man es für unzeitig, irgend eine Linie zu unterstützen und beschloß deshalb die Ablehnung des vorliegenden Antrages, obwohl die Commissionen gegen denselben an sich nichts einzuwenden hatten. Oberbürgermeister Hobrecht hatte sich in ähnlichem Sinne geäußert und die genauesten Mittheilungen über den Fortgang der Angelegenheit versprochen. Nachdem die Stadtverordneten Sturm und Neugebauer ihren Antrag aus den angegebenen Erwägungen vorläufig zurückgenommen, war die Sache erledigt.

Dem Gutachten der Gewerbe-, Handels- und Markt-Commission entsprechend, genehmigte die Versammlung den in einer früheren Sitzung vertagten magistratualischen Antrag, wonach die Bestände der städtischen Darlehnskasse unter den näher angegebenen Bedingungen der hiesigen Bürger-Rettungs-Anstalt überwiesen werden. Damit war der Laßwitzsche Vorschlag auf Ueberweisung an den Vorschußverein abgelehnt.

Bewilligt wurden demnächst: dem Lehrer an der evangel. Elementarschule Nr. 29, Pflüger, eine Gratification von 30 Thlr., eine Wohnungs-Entschädigung von 100 Thalern an den ersten Lehrer der ev. Elementarschule Nr. 26 für die Einrichtung der ersten Klasse an voriger Anstalt 120 Thaler, für die vom 1. April ab zu eröffnende parallele Klasse der Unter-Secunda am Magdalenen-Gymnasium die Errichtung von zwei neuen Lehrerstellen mit 600 resp. 500 Thlr. Gehalt und die Mittel pro 1865. Hierbei wurde Magistrat wiederholentlich um möglichste Beschleunigung des Baues des neuen Gymnasiums dringend ersucht. Wie Stadtbaurath Zimmermann auf die lebhafte Befürwortung des Stadtv. Dr. Elsner erwiderte, wird die Ausarbeitung des neuen Planes, wonach mit dem Gymnasium eine Mittelschule verbunden werden soll, innerhalb 4 Wochen vollendet sein.

Ferner bewilligte die Versammlung als Beitrag für den Bau einer massiven Brücke in der Communicationsstraße zwischen Hauffen, Vogtswalde und Auras 48 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf., dem Seminaristen Ludwig Hahn ein Stipendium von 40 Thlr., dem Verein zur Speisung und Bekleidung Armer in Breslau eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 200 Thlr., und den Etat der einmaligen außerordentlichen Ausgaben bei der Verwaltung der höheren Töchterschule am Ritterplatze pro 1865, enthaltend die Ausgabe an Bau- und Reparatur-Kosten 1140 Thlr. Der von den vereinigten Bau- und Schulen-Commissionen empfohlene Vorschlag, daß die Räume statt der angenommenen Abfärbung wiederum tapezirt werden sollen, wurde mit 43 gegen 37 Stimmen verworfen.

Nach längerer Discussion genehmigte die Versammlung den magistratualischen Antrag, wonach die Summe von 957 Thl. aus den Beständen des Marktfonds entnommen werde, um damit die auf 710 Thl. veranschlagte Erneuerung des Glasdaches auf der Ledermarkthalle und die auf 247 Thl. veranschlagte Einrichtung der Gasbeleuchtung auszuführen. Dem Gutachten der vereinigten Commissionen für das Bauwesen und für Gewerbe ꝛc. wird Magistrat ersucht, er möge der Versammlung das Abnahme-Protokoll des ersten Neubaues, so wie dasjenige des Umbaues vorlegen. Gleichzeitig wird der Vorbehalt ausgesprochen, daß die Versammlung nach Einsicht und Prü-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

fung dieser Protokolle weitere Anträge stellen, event. durch eine Commission aus ihrer Mitte eine Untersuchung anstellen lassen wird.

Der Antrag des Stadtv. Dr. Eger, die Versammlung wolle die Errichtung eines Pumpenständers auf dem östlichen Theile des Lehmdammes, am Waschteiche, veranlassen, wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Schließlich genehmigte die Versammlung die Bedingungen für den Verkauf der Häuser Neue-Weltgasse Nr. 16 und Weißgerbergasse Nr. 12 zum Abbruche. Nach Erklärung des Stadtbaurathes Zimmermann sind die Baustellen behufs Regulirung der Ohle erforderlich.

Schluß der Sitzung $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Theater.

Mittwoch, 8. Februar: Gastspiel des Herrn Hermann Hendrichs. (Herzog Albrecht, Trauerspiel von Melchior Meyer.)

Das Stück behandelt die allbekannte und schon so oft (auch von Hebbel) benutzte tragische Geschichte der schönen Baderstochter „Agnes Bernauerin" aus Augsburg, die von dem wittelsbacher „Herzog Albrecht" zum rechtmäßigen Weibe genommen, von dessen Vater „Herzog Ernst" aber später aufgegriffen, zum Tode verurtheilt und ertränkt ward. Die ergreifende Tragik des Stoffes hat die dramatischen Dichter zu verschiedenen Zeiten zur Bearbeitung desselben für die Bühne gereizt. In der That sind hier auch alle Momente zu einer erschütternden Tragödie gegeben. Die edle Liebe eines Fürsten, dem sein Gefühl mehr gilt, als die kühle Berechnung der Staatsraison, der unbeugsame Wille des Regenten, sein Herrschergeschlecht nicht durch die blinde Leidenschaft des Sohnes untergehen zu lassen, und inmitten dieser harten und nicht unberechtigten Gegensätze das unschuldsvolle Kind, über welches das Schicksal mit zermalmendem Fuße hinwegschreitet.

Allein die Schwierigkeit für die poetische Bearbeitung liegt in der Auflösung. Wenn uns die Geschichte erzählt, daß Herzog Albrecht, nachdem er die Länder seines Vaters verwüstet und der Schmerz von der lindernden Hand der Zeit beruhigt ward, sich wieder mit Herzog Ernst aussöhnte, so nehmen wir dies als eine Thatsache hin, die sich wohl begreifen läßt. Ganz anders auf der Bühne. Hier hat sich Alles vor unseren Augen zugetragen, wir haben eben die grausige That vernommen, die wilde Verzweiflung Albrechts gesehen. und da will uns die Versöhnung zwischen Vater und Sohn nicht recht in den Sinn. Im poetischen Sinne kann bei einem solchen Schicksal nur der Tod ein Versöhner sein, was hier aber, ohne mit der Geschichte in offenen Widerspruch zu gerathen, nicht auszuführen ist.

Streng genommen, ist die Tragödie mit dem vierten Akte, dem Tode der Bernauerin, auch zu Ende. Der spätere Ausgleich zwischen Vater und Sohn ist wie ein Nachspiel zur Beruhigung weicher Gemüther, was jedoch eine entschiedene Abschwächung der Tragödie selber ist, deren Wesenheit gerade darin liegt, daß sie den Menschen erhebt, indem sie ihn zermalmt. Der echte Tragiker kennt nicht das Prinzip des „constitutionellen Compromisses", er läßt vielmehr das Schicksal sich vollziehen mit der vollen Nothwendigkeit einer unbeugsamen Consequenz. Von diesem Gesetze ist Melchior Meyer, nicht zum Vortheile seines Stückes, abgewichen. Denn um dem Compromisse im letzten Akte eine Basis zu geben, alterirt er sogar die charakteristische Schärfe in dem Gegensatze zwischen Vater und Sohn, indem er die Mordthat ausschließlich auf die Schultern des „Kanzlers" wälzt. Albrecht wird hierdurch allerdings milder gegen Herzog Ernst gestimmt, in den Augen der Zuschauer aber verliert der letztere seine wesentliche Bedeutung, die gerade darin ihren Schwerpunkt hat, daß der Herzog zwar einseitig, aber mit voller Berechtigung zu handeln glaubt, wenn er durch die Hinrichtung der Bernauerin den Sohn für Thron und Staat errettet.

Die glänzendste, in kühnen Umrissen gezeichnete Figur des Stückes ist „Herzog Albrecht", der von Hrn. Hendrichs mit hinreißender Gewalt gespielt wurde. Trotz der Heiserkeit, mit welcher der Gast zu kämpfen hatte, flossen doch die süßen Worte der Liebe mit ergreifender Innigkeit von seinen Lippen, wie er andererseits in den Momenten des Schmerzes und der Verzweiflung die Herzen auf das Tiefste erschütterte. Dieses Spiel, unterstützt von der imponirenden Erscheinung und der prachtvollen Costümirung des Gastes, konnte seines Eindrucks nicht verfehlen. Herr Hendrichs wurde durch stürmische Beifallsbeweise und wiederholte Hervorrufe ausgezeichnet.

Der Gast hatte im Uebrigen eine sehr wackere Unterstützung, und dies namentlich in der Mitwirkung von Fräulein Heintz (Agnes), der Frau Heinke (Oberin) und der Herren Ellmenreich (Herzog Ernst), Richter (Kanzler) und Raberg, welcher letztere den Knappen Albrechts mit vieler Frische und Wärme des Ausdrucks spielte. Der junge Mann scheint uns überhaupt im Besitze eines Talentes zu sein, das bei gehöriger Pflege Vorzügliches erwarten läßt.

Noch haben wir der Inscenirung rühmlichst zu gedenken, die von Herrn Ellmenreich höchst geschmackvoll arrangirt war, so wie die Ausstattung im Ganzen fast brillant zu nennen war. M. K.

** [In Sachen des Synagogenbaues,] über welchen wir in der gestrigen Nummer Mittheilung machten, haben wir noch hinzuzufügen, daß die Genehmigung seitens der Regierung unter gewissen Modalitäten erfolgt ist, welche erst einer Berathung des Gemeindevorstandes bedürfen.

⌣ [Statistisches.] Von 52 Schiedsmännern sind 1864 in hiesiger Stadt überhaupt 1676 Sachen verhandelt, davon sind 638 durch Vergleich, 98 durch Zurücknahme der Klage und 939 durch Ueberweisung an den Richter erledigt worden, 1 Sache blieb noch anhängig. Gegen das Vorjahr 1863 sind 442 Sachen weniger verhandelt, 249 weniger verglichen, 97 weniger zurückgenommen und 97 weniger an den Richter überwiesen worden.

‡ [Der neue Concert-Cyclus des Orchester-Vereins] wird gleich der bisherigen nicht blos vorzügliche Orchesterwerke vorführen, sondern uns auch mit hervorragenden Künstlerpersönlichkeiten bekannt machen, die wir sonst schwerlich zu hören Gelegenheit haben würden. So wird schon am nächsten Dinstag einer der renommirtesten Pianisten der Neuzeit mitwirken: Franz Bendel, und nächstdem steht auch wieder Julius Stockhausen in Aussicht. Das neue Abonnement sei daher den Musikfreunden angelegentlichst empfohlen.

—* [Geselliges.] Künftigen Mittwoch wird mit dem Concert der „constitutionellen Ressource" (im Weißgarten) eine Theater-Vorstellung verbunden sein. Die „constitutionelle Bürger-Ressource" (bei Liebich) veranstaltet Sonnabend den 25. Februar einen Ball, welcher die Carnevalsfreuden der Gesellschaft beschließen soll. In dem neuen Wiesnerschen Saale „zum goldnen Helm" findet diesen Sonntag das Carnevalsfest der „Harke" statt. Mitglieder und Gäste erscheinen mit der Narrenkappe decorirt.

[Vermischtes.] Heute Früh lud ein Kärrner auf dem Mauritiusplatz Eis ab, wobei das Pferd scheu wurde und durchging. Der Führer wollte dies verhindern und klammerte sich behende an die Gabeldeichsel und den Zaum des Thieres an, um es zurückzuhalten. Dies gelang ihm indeß nicht, vielmehr wurde er mit dem Wagen fortgeschleift und mußte ihn im Stich lassen. Das Pferd raste weiter, schleuderte den Wagen an einen Prellstein, so daß die Achse brach und ein Rad liegen blieb, und rannte mit den Trümmern die Margarethenstraße hinunter, wo es endlich eingefangen wurde. Der Kärrner hat nur unbedeutende Verletzungen erlitten.

Vorgestern wollte sich ein Fuhrmann, der einen Wagen mit Knochen nach Domslau zu fahren hatte, auf der Chaussee auf sein Fuhrwerk schwingen, glitt aber aus und gerieth unter dasselbe, so daß der schwere Wagen über ihn hinwegging. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und außerdem gefährliche Contusionen am Körper, die sein Aufkommen zweifelhaft machen. Er ist nach dem Kloster der barmherzigen Brüder geschafft worden.

Gestern Vormittag passirte einem Haushälter, der einen großen Baumkuchen trug, ein unvorhergesehenes Unheil. Er bog mit seiner süßen Last eben von der Schweidnitzerstraße nach der Hummerei ein, als aus irgend einem Fenster eines dortigen Hauses ein wohlgezielter Stein fiel und das stolze Bauwerk erreichte, so daß es in Trümmer gelegt wurde. Um die auf den Boden gefallenen Ueberreste entbrannte ein heißer Kampf der Straßenjugend.

=bb.— Gestern gegen Abend hatte eine am Wintergarten wohnende Frau ihre in der Nähe des Volksgartens wohnende Freundin besucht und sich zwischen 7—8 Uhr auf den Rückweg begeben. Als sie an den Waschteich kam, sprang plötzlich eine verdächtige Gestalt auf sie zu, und da ihr der Räuber nichts zu entreißen vermochte, schlug er sie derartig, daß sie bedeutende Wunden am Kopfe davon trug. Sie wurde von einem Bürger in der 12. Stunde aufgefunden und auf dessen Veranlassung in ihre Wohnung geschafft.

[Besitz-Veränderungen.] Durch Kauf: das Bauergut Nr. 22 zu Schönwalde, Kr. Frankenstein, von Benedikt Rudolph an seinen Sohn Adolf Rudolf; das Bauergut Nr. 73 ebendaselbst von Anton Vogel an seinen Sohn Wilhelm Vogel; das Bauergut Nr. 11 ebendaselbst von Joseph Baschdorf an seinen Sohn Robert Baschdorf. (Schl. Landw. Ztg.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau,** 9. Febr. [Börse.] Bei matter Haltung und schwachem Geschäft waren österr. Effekten und Bahnen niedriger. Oesterr. Creditaktien $84\frac{5}{8}$ Br., National-Anleihe $70\frac{3}{4}$ Br., 1860er Loose $84\frac{1}{4}$ bezahlt und Br., Banknoten $89\frac{3}{8}$—$89\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenbahnaktien $162\frac{5}{8}$ Br., Freiburger $139\frac{1}{2}$ Br., Kosel-Oderberger $60\frac{1}{2}$—$60\frac{3}{8}$ bez. und Br., Oppeln-Tarnowitzer $79\frac{1}{4}$ Br. Fonds fest. Warschau-Wiener Aktien 60—$60\frac{1}{2}$ bez. — Amerikaner $52\frac{7}{8}$—$53\frac{1}{8}$ gehandelt.

Breslau, 9. Febr. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, schwach behauptet, ordinäre 17—19 Thlr., mittle 20—21 Thlr., feine $22\frac{1}{2}$—24 Thlr., hochfeine $25\frac{1}{4}$—$26\frac{1}{2}$ Thlr. Kleesaat, weiße, unverändert ordinäre 13—$15\frac{1}{2}$ Thlr., mittle $16\frac{1}{2}$—$18\frac{1}{2}$ Thlr., feine $20\frac{1}{2}$ bis $22\frac{1}{2}$ Thlr., hochfeine $23\frac{1}{2}$—$24\frac{1}{2}$ Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) niedriger, gek. 2000 Ctr., pr. Februar und Februar-März $31\frac{1}{3}$ Thlr. Br., $31\frac{1}{4}$ Thlr. Gld., März-April $31\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, April-Mai $32\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt, Mai-Juni $33\frac{1}{4}$ Thlr. Gld., Juni-Juli $34\frac{1}{4}$ Thlr. bezahlt, Juli-August —.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Februar $47\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Februar $31\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gek. — — Ctr., pr. Februar 35 Thlr. Br., April-Mai 35 Thlr. Br., Mai-Juni 36 Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Scheffel, pr. Februar 102 Thlr. Br.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) Anfangs matt, schließt fester, gek. — Ctr., loco $12\frac{1}{4}$ Thlr. Br., pr. Februar 12 Thlr. Br., $11\frac{23}{24}$ Thlr. Gld., Februar-März und März-April $11\frac{11}{12}$ Thlr. Br., April-Mai $11\frac{19}{24}$—$\frac{5}{6}$ Thlr. bezahlt, Br. und Gld., Mai-Juni 12 Thlr. Br., September-Oktober $11\frac{5}{6}$ Thlr. Br.

Spiritus matt, gek. 10,000 Quart, loco $12\frac{5}{8}$ Thlr. Gld., $12\frac{3}{4}$ Thlr. Br., pr. Februar und Februar-März $12\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, März-April $12\frac{5}{6}$ Thlr. Gld., April-Mai $13\frac{1}{6}$ Thlr. Br., Mai-Juni $13\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Juni-Juli $13\frac{3}{4}$ Thlr. bezahlt, Juli-August $14\frac{1}{6}$ Thlr. Br., August-September —.

Zink fest, ohne Umsatz. **Die Börsen-Commission.**

Breslau, 7. Febr. [Auszug aus den Protokollen der Handelskammer. II. Plenarsitzung.] Die „Schlesische Zeitung" vom 14. v. M. (Beilage zu Nr. 23) bringt eine Correspondenz „Zur Eisenbahnverbindung zwischen Breslau und Leipzig", in welcher gesagt wird, „da alle Vorstellungen bei der hiesigen Handelskammer vergeblich waren," so habe sich Herr A. Sachs im Verein mit anderen hiesigen Kaufleuten an den Handelsvorstand in Leipzig mit dem Ansuchen gewandt, auf Beseitigung der mangelhaften Eisenbahnverbindung zwischen Leipzig und hier hinzuwirken. Zur Berichtigung der die Handelskammer betreffenden unrichtigen Sachdarstellung wird, unter Bezugnahme auf die früheren Referate bemerkt, daß die Handelskammer bereits am 29. April 1862 bei dem königl. Handelsministerium in Berlin und bei der königl. Ober-Postdirection hierselbst darauf bezügliche eingehende Anträge gestellt und Hrn. A. Sachs davon benachrichtigt, demselben auch zugleich anheimgegeben hat, gelegentlich der bevorstehenden Messe in Leipzig seinerseits weitere geeignete Schritte zu unternehmen. Es haben hierauf Verhandlungen zwischen den königl. preußischen und der königl. sächsischen Behörden stattgefunden, ohne jedoch zu dem gewünschten Erfolge zu führen. Im Laufe des vorigen Jahres hat sich sodann die Handelskammer mit der Handels- und Gewerbekammer zu Leipzig ins Einvernehmen gesetzt und beantragt, die geeigneten Schritte einzuleiten, zur Abkürzung der Fahrzeit und resp. Verlegung der Abgangszeit des um 6 Uhr 30 Min. Abends von Leipzig abgehenden und um 6 Uhr 36 Min. Früh hier ankommenden Zuges, sowie zur Herstellung einer Verbindung zwischen der Leipzig-Dresdener mit der Dresden-Görlitzer Bahn resp. zwischen den betreffenden Bahnhöfen und zwischen der letztgenannten Eisenbahn und der Kohlfurt-Görlitzer Bahn, endlich für Einstellung durchgehender Personenwagen zwischen Leipzig und hier. Ueber den Erfolg dieses Antrages verbreitet sich das Zeitungsreferat vom 12. v. Mts.

Schon wiederholt hat die Handelskammer sich veranlaßt gesehen, in Folge deshalbiger Klagen eine Vermehrung der Lokaldrähte zwischen hier und Berlin zu befürworten. Nachdem neuerlich wiederum mehrseitig über mangelhafte telegraphische Verbindung zwischen den genannten Plätzen geklagt worden ist, erstattete sie im vorigen Monat an den Herrn Handels-Minister nachstehenden Bericht: „Euer Excellenz ist aus unseren früheren Berichten bekannt, daß die Interessenten unseres Platzes schon öfters Klage geführt haben über Verzögerung des Depeschenverkehrs zwischen hier und Berlin und bezw. zur Erzielung der erforderlichen Beschleunigung die Anlage einer zweiten Leitung für den genannten Localverkehr desideriren. Wir erlauben uns in dieser Beziehung auf unseren Bericht vom 11. Mai 1862, sowie auf unseren Jahresbericht pro 1863, S. 111, gehorsamst Bezug zu nehmen. Euer Excellenz haben auch jene Klagen bezw. Desiderien als gerechtfertigt anerkannt und deshalb die Herstellung einer vierten Leitung von hier nach Berlin angeordnet, auch in dem hohen Rescripte vom 6. d. M. die Zusicherung ertheilt. daß der Vermehrung der telegraphischen Verbindungen je nach dem Steigen des Verkehrs fortgesetzte Sorge gewidmet werde.

Wurden nun auch die früher erörterten Uebelstände in Betreff des Verkehrs zwischen hier und Berlin durch die Herstellung der vierten Leitung nach Berlin für einige Zeit gehoben, indem diese Leitung ausschließlich für den Verkehr mit Berlin und zwar während der berliner Börsenzeit von 11 Uhr 45 Min. bis 2 Uhr 20 Min. Nachmittags für den Verkehr mit der berliner Börsen-Filial-Station benutzt wurde, so genügen doch diese Einrichtungen für den inzwischen gestiegenen Verkehr schon seit längerer Zeit nicht mehr und es sind darauf bezügliche Wünsche und Beschwerden aus den betheiligten Kreisen bereits im Laufe des vorigen Jahres laut geworden. Es wurde und wird u. A. auch darauf hingewiesen, daß Hamburg und Stettin für den Localverkehr mit Berlin drei directe Leitungen besitzen, während Breslau, der zweiten Stadt der Monarchie, nur eine und diese nur für eine beschränkte Zeit zur Verfügung steht. Wenn wir es bisher gleichwohl unterließen, diesen Gegenstand amtlich weiter zu verfolgen, so geschah das keineswegs deshalb, weil wir jene Klagen für unbegründet hielten, vielmehr lediglich nur aus dem Grunde, weil wir erfahren hatten, daß beabsichtiget werde, auf der Station Breslau einen sogenannten Typen-Apparat aufzustellen, um die Börsen-Depeschen schneller zu expediren resp. weil wir das Resultat dieses Versuchs in loyaler Weise abwarten wollten. Es sind indeß die Klagen über ungenügende telegraphische Verbindung unseres Platzes mit Berlin, insbesondere über verspätetes Eintreffen der Depeschen nicht nur nicht verstummt, sondern neuerdings lauter und zahlreicher geworden. Nach einer uns vorliegenden Beschwerde gebrauchte z. B. die tägliche berliner Börsendepesche im Laufe dieses Monats durchschnittlich über zwei Stunden, ehe sie zur Bestellung an den Boten hierselbst gelangte; in dem Zeitraum von 18 Tagen betrug die Frist nur einmal $1\frac{1}{2}$ Stunden, im Uebrigen stieg sie bis auf 3 Stunden 28 Minuten. Solche Verzögerungen haben für unseren Platz, was einer weiteren Ausführung nicht bedürfen wird, die nachtheiligsten Folgen in commercieller Beziehung, und machen die telegraphische Correspondenz in der That illusorisch. — Die bei Beginn der berliner Börse (vor 12 Uhr) dem directen Börsendraht übergebenen Depeschen verlieren gänzlich ihren Werth, wenn sie erst nach Schluß der hiesigen Börse (1 Uhr) hierselbst eintreffen.

Die angedeuteten Verhältnisse lassen eine schleunige und gründliche Abhilfe der dermaligen Uebelstände dringend nöthig erscheinen, und wir geben uns der Hoffnung hin, es werde die Darstellung des factischen Zustandes genügen, um Ew. Excellenz zum Anordnen der erforderlichen Maßnahmen geneigt zu machen. Mit Rücksicht auf die Zahl der Einwohner und auf die commercielle Bedeutung unseres Platzes, sowie auf den lebhaften Verkehr mit Berlin halten wir den Wunsch nach Vermehrung der directen telegraphischen Verbindung mit Berlin, insbesondere durch Legung von mindestens noch zwei Localdrähten für wohlbegründet, zumal die Herstellungskosten verhältnißmäßig nicht erheblich sind und die Anlage selbst bei dem wirklichen Bedürfnisse darnach sich auch rentiren wird, namentlich wenn durch Ermäßigung der Gebühren die Benutzung dieses wichtigen Verkehrsmittels weiteren Kreisen immer mehr möglich gemacht wird. Aber auch abgesehen von dieser finanziell günstigen Eventualität scheinen uns die höheren Rücksichten auf den Verkehr zwischen den beiden ersten Städten der Monarchie für die Gewährung jenes Gesuchs zu sprechen.

Wir bitten daher gehorsamst: Euer Excellenz wollen die Legung von zwei neuen Localdrähten zwischen hier und Berlin so schleunig als möglich hochgeneigtest anordnen."

Der Vorsitzende theilt mit, daß der mit den vorjährigen in allen Positionen übereinstimmende Etat der Handelskammer pro 1865 von der kgl. Regierung hierselbst genehmigt worden, ferner daß nach einer Anzeige der Börsen-Commission Herr Berliner zum Vorsitzenden und Herr Schiff zu dessen Stellvertreter gewählt worden sind; weiter daß die zur Begutachtung des Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung von Handelsgerichten bestellte Commission ihre Berathungen beendigt hat und in einer der nächsten Plenar-Sitzungen Bericht erstatten wird.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg theilt Abschrift einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Eingabe wegen Beseitigung der Wuchergesetze mit und beschließt die Kammer, diesem Antrage beizutreten.

Die Handelskammer in Nordhausen ersucht um ein Gutachten über den bei ihr eingebrachten Vorschlag zur Beseitigung der notariellen und gerichtlichen Wechselproteste durch Einführung einer gesetzlichen Vorschrift, daß die schriftliche Erklärung des Acceptanten auf dem Wechsel, er wolle nicht zahlen, die Wirkung des förmlichen Protestes habe. Mit Rücksicht auf die rechtliche Natur des Wechselprotestes und die Eigenthümlichkeit des Wechselprozesses spricht sich die Kammer gegen diesen Vorschlag aus.

Die von Seiten des Handelsministeriums erfolgte Zusendung von Programmen für die im Mai d. J. in Dublin zu eröffnende internationale Industrie- und Kunstausstellung ist bereits durch die hiesigen Zeitungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht worden. Bei der voraussichtlich großen Bedeutung, welche diese Ausstellung gewinnen wird, kann die Kammer nur wünschen, daß sich die Industriellen unseres Platzes und unserer Provinz recht lebhaft bei derselben betheiligen mögen.

Auf den Antrag wegen Erweiterung des Portofreithums der Handelskammern rescribirt der Herr Handelsminister, daß die Art. 28 und 31 des Postvereinsvertrages auf die Handelskammern keine Anwendung leiden, und daß er auch im Uebrigen nicht geneigt sei, die beschränkte Portofreiheit für die amtliche Correspondenz der Handelskammern zu erweitern.

Bei der Bewerbung des Herrn F. Mammroth um die Stelle eines vereideten Zinkmäklers ging die Kammer von der Voraussetzung aus, daß derselbe bestehender Vorschrift gemäß seine bisherigen Commissionsgeschäfte bezw. Agenturen aufgeben werde. Nachdem derselbe jedoch auf eine deshalbige Aufforderung erklärte, jene Geschäfte in Folge früherer Verpflichtung beibehalten zu müssen, und zugleich seine Bewerbung zurückgezogen hat, wird die Ernennung desselben zum vereideten Zinkmäkler annullirt.

Die Kammer genehmigt die von der dafür bestellten Commission gemachten Vorschläge, betreffend die Verhandlungsgegenstände des nächsten Handelstages. Es sind dies insbesondere der Antrag auf Aufhebung des Verbots, Feuerversicherungs-Verträge durch Agenten im Umherziehen abschließen zu lassen; auf Reform der Hilfsanstalten des Handels, der Posten, Eisenbahnen und Telegraphen, insbesondere durch Abstellen der darüber laut gewordenen Klagen; auf Feststellung der bei Einführung der Handelsgerichte festzuhaltenden Principien, z. B. über die Wahl der Handelsrichter, über deren Stellung zum Disciplinargesetz, über die Competenz der Handelsgerichte; auf Aufhebung der Wuchergesetze in ganz Deutschland; auf Beseitigung des auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn noch bestehenden Eisenbahnfrachtzuschlages (Durchgangsabgabe); auf Gründung eines officiellen Preßorgans für die gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Handelsstandes, insbesondere für den deutschen Handelstag, resp. den bleibenden Ausschuß desselben und für die gesammten deutschen Handelsvorstände, so wie auf Herausgabe einer deutschen Handels- und Industrie-Zeitung.

Auf die Anfrage eines königlichen Kreisgerichts ist geantwortet worden, daß eine bestimmte Handelsusance, wonach im Kurzwaarengeschäft ein besonderer, Goldagio genannter Rabatt von 2 pCt. in Abzug gebracht werden muß, am hiesigen Orte nicht besteht, daß jedoch hierselbst sehr häufig ein Agio von 2 resp. 4 pCt. zwischen Käufer und Verkäufer vereinbart wird. Die Kammer ratihabirt diesen Bescheid.

Desgleichen ratihabirt die Kammer den an die kgl. Regierung hierselbst erstatteten Bericht, betr. die Termine für die Woll- und Flachsmärkte pro 1866.

Aus Veranlassung wiederholter Beschwerden über abweichende Mittheilungen der Marktpreise für Cerealien in den hiesigen öffentlichen Blättern, woraus für die Gutsbesitzer, welche auf Grund dieser Mittheilungen Geschäfte abschließen, Unzuträglichkeiten erwachsen, beschließt die Kammer, die Redaction des hiesigen „Handelsblattes", in welchem vor Kurzem eine unrichtige Notirung der Rapspreise sich befand, um genauen Abdruck der ihr zugehenden amtlichen Notirungen, sowie weiter darum zu ersuchen, daß sie die Originalnotizen einige Tage aufbewahre, um vorkommenden Falls festzustellen, ob die betreffende Mittheilung auf einem Irrthum der Originalnotiz oder auf einem Druckfehler beruht.

Der Vorsitzende theilt den Eingang mehrerer Drucksachen mit, darunter die vom Herrn Handelsminister überschickten statistischen Zusammenstellungen über die preuß. Eisenbahnen pro 1863, eine Broschüre des Herrn Neugebauer über Breslau's Zuckerhandel, verschiedene Handelskammerberichte.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betreffen innere Angelegenheiten und solche, die sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Bei der am 17. Februar d. J. in Breslau stattfindenden Versammlung schlesischer Spiritus-Fabrikanten wird Gegenstand der Berathung sein: 1) Welche Schritte sind zur Hebung des Brennereigewerbes zu thun? 2) Eine Petition an das königl. Staatsministerium wegen Abänderung der Brennereigesetzgebung. 3) Revision der Statuten. 4) Wahl eines neuen Vorstandes. 5) Beschlußfassung über aus der Mitte der Versammlung oder vorher von den Vereinsmitgliedern gestellten Anträge. M. Elsner von Gronow.

Schützen- und Turn-Zeitung.

△ **Breslau,** 9. Febr. [Großes Bezirksturnfest.] Wie wir vernehmen, beabsichtigt der Vorstand des mittelschlesischen Turngaus, das diesjährige Turngaufest zu einem Turnfest des zweiten Turnkreises (der Vereine von Schlesien und Süd-Posen) zu erweitern. Es soll dieses Fest in der zweiten Hälfte des Juli hierselbst stattfinden und den Turnern des zweiten Kreises bezüglich der turnerischen Disciplin gewissermaßen als Vorbereitung zum nächsten allgemeinen deutschen Turnfest in Nürnberg dienen. Wir begrüßen dieses Fest mit um so größerer Freude, als wir hoffen, daß durch das lebendige Bild turnerischer Tüchtigkeit, wie es sich in Breslau noch nie in so großem Maßstabe entfaltet hat, nicht nur das Interesse für das Turnen in unserer Provinz und deren Hauptstadt insbesondere neu belebt und verallgemeinert, sondern, daß es den Turnern auch gelingen wird, durch die Art und Weise ihres öffentlichen Auftretens die hier und da gegen die Turnerei noch herrschenden Vorurtheile vollends zu besiegen. Denn körperliche Kraft und Gewandtheit, Muth, Entschlossenheit und Geistesgegenwart sind nicht die einzigen Früchte einer gründlichen turnerischen Bildung, höher noch stellen wir die Bildung des Charakters durch Einfügung in ein größeres Ganze mit gemeinsamem Streben, durch freiwilligen Verzicht auf individuelle Neigungen oder augenblickliche Annehmlichkeit gegenüber dem höheren Zweck, mit einem Wort durch den Geist der Zucht und Ordnung, der bei jedem Turnen herrschen soll. Von dieser Gesinnung nun soll jeder Turner am Turnfest, seinem Ehrentage, Zeugniß ablegen; diese Gesinnung ist aber auch die Grundlage aller wahren politischen Bildung, und da nichts mehr die Gemüther ergreift und fortreißt als das Beispiel, so wird jedes Turnfest, das seinem Namen Ehre macht, im Kleinen eine Schule politischer Bildung werden, an der es der großen Masse unseres Volkes nur zu sehr noch gebricht. Indem wir so den Turnfesten überhaupt eine höhere Bedeutung beilegen, als die bloßer Schaufeste, halten wir es für unsere Pflicht, für das beabsichtigte Provinzialturnfest die schwerwiegende Unterstützung der Behörden unserer Stadt, als Beschützer aller gemeinnützigen und wahrhaft nationalen Bestrebungen zu erbitten, von unseren geehrten Mitbürgern aber erwarten wir, daß sie in der gastlichen Aufnahme der fremden Turngäste hinter der vielgepriesenen Gastfreiheit und Liebenswürdigkeit der Berliner und Leipziger nicht zurückstehen werden, da nur so das Fest ein nach allen Seiten hin befriedigendes und der Stadt Breslau würdiges werden kann.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 9. Febr. General v. Werder, ehemaliger Oberbefehlshaber der polnischen Grenzbesatzung, ist zur Disposition gestellt. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Berlin, 9. Febr. Der „Socialdemokrat" sagt: Die Regierung verwirft die einfache Streichung des Paragraphs der Gewerbeordnung, betreffend das Coalitionsrecht, und bringt ein neues Gesetz darüber (mit Regierungs-Einmischung. D. Red.) ein. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Berlin, 9. Febr. [Abgeordnetenhaus.] v. Rönne hat den Antrag eingebracht: Auf Grund des Artikels 106 der Verfassung, die Rechtsgiltigkeit des Erlasses vom 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung des Prisenreglements und der Bestimmungen über das Verfahren in Prisensachen einer Prüfung zu unterziehen. Motive: Die Erklärung des Justizministers auf die v. Rönne'sche Interpellation. (Wolff's T. B.)

Berlin, 9. Febr. Eine Deputation aus Köln überbrachte die Bürgerkrone an Präsident Grabow. Dieser erwiederte im Wesentlichen: Was ich eingedenk des Königswortes: „Zwischen uns sei Wahrheit!" gesprochen und geleistet habe, ist unzertrennlich von dem, wozu sich die liberale Majorität in Wort und That seit Jahren bekannt. Ich kann daher die höchste Auszeichnung, welche der Bürger dem Bürger zu gewähren vermag, nur Namens dieser Majorität entgegennehmen. Sie gebührt allen meinen liberalen Kampfgenossen. Ich werde dies bürgerliche Kleinod treulich aufbewahren. Dasselbe soll mich stählen zum Ausharren in dem schweren Verfassungskampfe, falls die allseitig gewünschte Verständigung unmöglich sein sollte. (Wolff's T. B.)

Dresden, 9. Febr. Die heutige Nummer des „Dresdener Journals" sagt, die betreffenden Zeitungsnachrichten dementirend: Die berliner Zollverhandlungen sind nicht abgebrochen; es ist kein Ultimatum gestellt worden, und Freiherr von Hock ist nicht abgereist. Im Gegentheil wird für die Sitzung am Sonnabend die Feststellung der Redaction der bereits vereinbarten Punkte gehofft. (Wolff's T. B.)

Paris, 9. Febr. Der „Moniteur" bringt das Decret des Mißbrauches der Amtsgewalt gegen den Bischof von Moulin, den Erzbischof von Besançon und Langlais, Bericht an den Staatsrath.

Ferner meldet der „Moniteur": Der Minister des Aeußern forderte auf kaiserlichen Befehl den französischen Botschafter in Rom auf, sich über das in den Journalen veröffentlichte Schreiben des Nuntius an die Bischöfe von Orleans und Poitiers zu beschweren, als die Bestimmungen des internationalen Rechts und das öffentliche französische Recht verletzend. Der „Moniteur" dementirt die Journalangaben über Sitzungen des Ministerraths, die geheim sind. [Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Madrid, 9. Febr. Die Zwangsanleihe ist in eine freiwillige umgewandelt worden. [Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Paris, 9. Febr. Die Bank hat den Discont auf 4 pCt. herabgesetzt. (Wolff's T. B.)

Wien, 9. Febr. Die Kaiserin ist heute nach Dresden gereist. — Die „General-Correspondenz" dementirt die Gerüchte und Zeitungsnachrichten über ungünstige, mit dem Verkaufe der Domänen zusammenhängende Geldoperationen der Regierung anläßlich der am 14. Februar an die Nationalbank zu zahlende fällige Schuldrate von 11 Millionen. (Wolff's T. B.)

Wien, 9. Febr. Der Referent des Finanz-Ausschusses, Eisenberg, beantragt die Minderung des Flottenbudgets um 3 Mill. Gulden. Der Finanzausschuß hat die außerordentlichen Pensionszulagen für Rechberg, Forgach, Wickenburg gestrichen. Nächstens, vielleicht morgen, wird Mühlfeld's Interpellation wegen der Herzogthümer beantwortet werden. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 9. Febr., Nachm. 2 Uhr. (Angek. 3 Uhr 55 M.) Böhmische Westbahn $72\frac{7}{8}$. Breslau-Freiburg $139\frac{1}{2}$. Brieg-Neisse $91\frac{7}{8}$. Kosel Oderberg 60. Galizier $99\frac{1}{4}$. Mainz-Ludwigshafen $131\frac{1}{4}$. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $75\frac{1}{4}$. Oberschlesische Litt. A 162. Oesterr. Staatsbahn $119\frac{1}{2}$. Oppeln-Tarnowitz $79\frac{1}{4}$. Lombarden $146\frac{1}{4}$. 5proz. Preußische Anleihe $105\frac{7}{8}$. Staats-Schuldscheine $91\frac{1}{4}$. National-Anleihe $70\frac{5}{8}$. 1860er Loose $84\frac{7}{8}$. 1864er Loose $51\frac{1}{2}$. Silber-Anleihe $74\frac{1}{2}$. Italien. Anleihe $64\frac{7}{8}$. Oesterr. Banknoten 89. Russ. Banknoten $78\frac{7}{8}$. Amerikaner $52\frac{1}{2}$. Russische Prämien-Anl. $83\frac{1}{2}$. Darmst. Credit $94\frac{3}{4}$. Disconto-Commandit 103. Genfer Credit-Aktien $43\frac{1}{4}$. Oesterr. Credit-Aktien $84\frac{7}{8}$. Schlesischer Bank-Verein $108\frac{7}{8}$. Hamburg 2 Monate $152\frac{5}{8}$. London 6, $21\frac{7}{8}$. Wien 2 Monate $88\frac{7}{8}$. Warschau 8 Tage $78\frac{7}{8}$. Paris $80\frac{7}{8}$. Matt. Still.

Wien, 9. Febr. [Anfangs-Course.] National-Anleihe 79, 35. Credit-Aktien 189, 90. London 113, —. 1860er Loose 94, 75. 1864er Loose 86, 50. Silber-Anleihe 84, 50. Galizier 223, 50.

Berlin, 9. Febr. Roggen: gedrückt. Febr. $34\frac{7}{8}$, Febr.-März 34, April-Mai $33\frac{3}{4}$, Mai-Juni $34\frac{1}{2}$. — Rüböl: flau. Febr. $11\frac{7}{8}$, April-Mai $11\frac{7}{8}$. — Spiritus: niedriger. Febr. $13\frac{5}{24}$, Febr.-März $13\frac{5}{24}$, April-Mai $13\frac{11}{24}$, Mai-Juni $13\frac{17}{24}$.

Inserate.

Gestern wurde ausgegeben: [1440]

Schles. Landw. Zeitung, VI. Jahrg., Nr. 6.

Redigirt von **Wilh. Janke.** Verlag von **Eduard Trewendt** in Breslau.

Inhalt: Die landwirthschaftlichen Vereine und die Veröffentlichung ihrer Thätigkeit resp. Wirksamkeit mittelst der Presse. (Schluß.) Die erste Lehrzeit der Landwirthe. — Wodurch wird der immer fühlbarer werdende Mangel an ländlichen Arbeitern hervorgerufen und wie ist demselben am erfolgreichsten entgegenzutreten? — Die bezüglich des Standorts zu Winterroggen gemachten neueren Erfahrungen. Von Pinckert. (Schluß.) — Futterungsversuche mit zwei neuen Kraftfuttermitteln: entöltes Rapsmehl und Palmkuchen. Von Prof. Dr. Stengel. (Schluß.) — Ceratochloa australis. — Eine neue Art Scheunen. Von L. Koch. — Assekuranz der Privatwälder Schlesiens gegen Feuersgefahr. Von Maron. — **Feuilleton.** Aberglaube bei der Viehzucht. — Provinzialberichte. — Auswärtige Berichte. — Bücherschau. — Fragekasten. — Besitzveränderungen. — Wochenkalender. — **Landwirthschaftlicher Anzeiger Nr. 6.** Inhalt: Ueber den Spiritus-Markt in Breslau. — Bericht über den englischen Viehmarkt für den Monat Januar 1865. — Der Frankfurter Arbeitgeber über Dampf-Dreschmaschinen. — Programm der landw. Ausstellung zu Dresden 26. Juni bis 2. Juli. — Vereinswesen. — Bücherschau. — Amtliche Marktpreise. — Anzeigen.

Wöchentlich $1\frac{1}{2}$ Bogen. — Vierteljährlicher Pränumerations-Preis 1 Thlr., durch die Post bezogen incl. Porto und Stempel 1 Thlr. 1 Sgr. — Inserate werden in der Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20, angenommen.

Breslau. Verlagshandlung **Eduard Trewendt.**

Inserate für Nr. 2 des Anzeigers der **Schles. Provinzialblätter** werden bis zum 20. d. Mts. angenommen in der Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße 20. [1327]

Landwirthschafts-Beamte [251]

aller Branchen und Altersklassen, namentlich auch verheirathete, durch die Kreis-Vorstände des Schlesischen Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten als zuverlässig empfohlen, werden unentgeltlich nachgewiesen durch das Vereins-Bureau, Breslau, Grünstraße 5, 2 Tr. (Rend. Glöckner.)

Glutinose, [1438]

ein neuer unübertroffen wirksamer **Nährstoff** aus dem zur Ernährung wirksamsten Bestandtheile des Getreides, dem Kleber (Glutin) bereitet. — Durch eine auf wissenschaftliche Principien gegründete Behandlung leicht und schnell verdaulich gemacht, entwickelt die Glutinose bei **Abzehrung,** bei allgemeiner **Abmagerung** in Folge eiternder **Geschwüre, Blut- und Säfteverlusten,** bei **Scrophulose, Unterleibsleiden,** chronischer **Diarrhoe,** schwacher Verdauung, in allen Fällen von **Entkräftung** für **Wöchnerinnen,** denen es an Nahrung zum Stillen gebricht, für **Kinder** jeden Alters, welche **kräftiger Nahrung** bedürfen 2c., eine von den **ausgezeichnetsten Erfolgen** begleitete Wirksamkeit. — 3 Eßlöffel von der Glutinose genügen auf ein Quart Wasser, Milch oder Fleischbrühe und geben eine leicht verdauliche, kräftig nährende, wohlschmeckende Suppe, die billiger und weit wirksamer ist, als eine gleiche Quantität Bouillon.

Preis $\frac{1}{2}$ Pfund-Schachtel à 10 Sgr. — $\frac{1}{4}$ Pfund-Schachtel à $5\frac{1}{2}$ Sgr.

Endstehendes Zeugniß giebt wieder einen neuen Beweis von der Vortrefflichkeit dieses ausgezeichneten Nährstoffes.

General-Depot für Schlesien und Posen bei

Heinrich Lion, Breslau, Büttnerstr. 24.

Niederlagen bei:

Herrmann Büttner, Ohlauerstr. 70,	**A. Schmigalla,** Matthiasstr. 17,
H. Fengler Reuschestr. 1,	**Aug. Tietze,** Neumarkt 30,
G. Friederici, Schweidnitzerstr. 28,	**Ad. Wittke,** Tauenzienstr. 72a.
Julius Mindner, Fr.-Wilhelmstr. 9,	**H. Findiklee,** Paradiesgasse 1.
Jul. Natzky, Gr.-Scheitnigerstr. 3,	**Wilh. Wagner,** Klosterstr. 4.
Ad. Reinsch, Rosenthalerstr. 5,	**Ernst Hellmann,** Alte Sandstr. 8,
C. Steulmann, Schmiedebrücke 36,	**J. G. Worbs,** Kosel.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir für beifolgende 3 Thaler von Ihrem Glutinose in Mehlform baldigst eine Sendung zuzuschicken. Wie es bis jetzt scheint, bekommt meinem Kinde die Glutinose sehr gut.

Mit Hochachtung Ihr ergebenster

Luxemburg. **Frhr. v. Reiswitz,**

Premier-Lieutenant im 20. Infanterie-Regiment.

Von heut eingetroffener Eilgut-Sendung

echtem Königstrank

in seinen ausgezeichneten Wirkungen bekannt, werden die vielseitigen resp. Aufträge prompt effectuirt. Dies den geehrten Committenten zur Nachricht. General-Debit für Schlesien und Kaiserthum Oesterreich

Handlung **Eduard Groß** in Breslau, am Neumarkt Nr. 42. [1452]

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Minna** mit dem Kaufmann Herrn **Herrmann Mirels** in Wreschen zeigen wir hierdurch Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.

Poln.-Lissa, den 8. Februar 1865.

Jacob Honig und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Minna Honig.

Herrmann Mirels.

Lissa. [1859] Wreschen.

Verlobte: [1849]

Goldine Rahmer, Rybnik.

Leopold Freund, Rosen.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Toni Keil, geb. **Fraenkel**

Dr. Adalbert Keil.

Breslau, den 8. Februar 1865.

Heute Morgen $2\frac{1}{2}$ Uhr starb unser geliebter Vater, Groß- und Schwiegervater, der königl. Ober-Amtmann **Joseph Engel,** im Alter von 79 Jahren. Statt jeder besonderen Meldung diese traurige Anzeige. [1875]

Breslau, den 8 Februar 1865.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Gestern Früh 3 Uhr verschied der Uhrmacher Herr **Steinlein,** welcher nahe an 30 Jahre ununterbrochen Mitglied der Armen-Direction hierselbst war. [1444]

Seine unermüdliche, segensreiche Wirksamkeit und sein Eifer im Interesse, sowohl der hiesigen Stadtgemeinde, wie auch der Armen, sein biederes und anspruchloses Wesen sichern ihm nicht allein in unserem engeren, sondern auch in weiteren Kreisen eine dauernde freundliche Erinnerung.

Breslau, den 9. Februar 1865.

Die Armen-Direktion.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Am 7. d. M., Mittag 12 Uhr, verschied am Lungenschlage der königl. Assistenz-Arzt a. D. **Dr. Dehmel.** Diese Anzeige widmen seinen Freunden und Bekannten: [187.]

die tiefbetrübt Hinterbliebenen.

Kuttlau bei Gr.-Glogau und Breslau.

Bei dem heute stattgehabten Leichenbegängniß unserer lieben Schwester und Tante, der Frau Kaufmann **Völkel** zu Langenbielau, erlitt unsere innigstgeliebte Gattin und gute Mutter, **Wilhelmine** geb. **Wartensleben,** einen Schlag-Anfall, an dessen Folgen sie zu unserm namenlosen Schmerz ihr uns so theures Leben, Abends um $9\frac{1}{4}$ Uhr, endete; und zeigen wir dies unseren lieben Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an. [1851]

Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. Februar, Nachmittag 2 Uhr, statt.

Dittmannsdorf b. Waldenburg den 8. Februar 1865.

August Wagner, als Gatte.

Reinhold Wagner, } als Kinder.
Anna Wagner,

Am 7. d. M. verschied in Folge eines Schlagflusses, Herr **Alexander Marochetti,** Lektor der italienischen Sprache an der hiesigen königlichen Universität. Den vielen Freunden und Schülern des braven, liebenswürdigen Greises die Anzeige, daß die Beerdigung, Sonnabend $1\frac{1}{2}$ Uhr, vom Allerheiligen Hospitale aus, auf dem Matthiaskirchhofe stattfindet. [1876]

Nach langem und schwerem Leiden verschied am 9. d. M. Früh 5 Uhr meine liebe Frau **Sophie,** geb. **Langner.** Mit der Bitte um stille Theilnahme zeige ich dies entfernten Verwandten und Freunden ergebenst an. Leichenhaus: Hospital zu Allerheiligen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. Februar, Nachmittag 4 Uhr, statt. [1867]

F. Bildt, Schlosser-Meister.

Familien-Nachrichten.

Verlobung: Frl. Johanna Baswitz mit Hrn. Albert Rathenau in Berlin.

Ehel. Verbindungen: Hr. Louis Schäfer mit Frl. Bertha Leonhardt in Berlin, Hr. Gerichts-Assessor Albrecht Grosse mit Frl. Clara Giesecke in Potsdam.

Todesfälle: Frau Henriette Barschall, geb. Grünberg, in Berlin, Hr. Adolph Böhner das., Hr. Gottlieb Schmidt im 72. Lebensj. das., Frl. Emilie Schedlich das., Frau Jeanette Schlack, geb. Franck, in Rogasen.

Theater-Repertoire.

Freitag, den 10. Febr. Zweites Gastspiel des königl. Hofschauspielers Hrn. **Herrmann Hendrichs.** „**Die Waise aus Lowood.**" Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten, nach freier Benutzung des Romans von Currer Bell, von Charlotte Birch-Pfeiffer. — (Mistreß Sarah Reed, Frau Heinke. Capitain Henry Whyifield, Hr. Wollrabe. Doktor Blackhorst, Hr. Richter. Jane Eyre, Fräul. Heintz. Lord Rowland Rochester, Hr. Herm. Hendrichs. Francis Steenworth, Hr. Filsinger. Edward Harder, Hr. Joly. Lady Georgine Clarens, Fräul. Gläser. Mistreß Judith Harleigh, Frau Wollrabe 2c.)

Weißgarten.

Heute Freitag den 10. Februar: [1866]

21. Abonnement-Konzert

der Springer'schen Kapelle unter Direction des königl. Musikdirectors Herrn **M. Schön.**

Zur Aufführung kommt unter Andern: **Sinfonie** (Es-dur) von Louis Spohr und mehrere **Solopiecen.**

Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr.

Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Es sind Wechsel auf unsere Namen in Breslau zum Verkauf ausgeboten worden, vor deren Ankauf wir warnen, da unsere Namen gefälscht sind. [1462]

Heinr. Berndt, Gutsbesitzer in Bernsdorf.

Mündner, königl. Hauptmann a. D. zu Alt-Altmannsdorf.

Ch. Cimbal, Gutsbesitzer in Frömsdorf.

Niedenführ, Rittergutsbesitzer in Schönwalde.

Breslauer [1364]

Orchesterverein.

Die 4 Concerte des **III. Cyclus** finden am 14. Februar, 7. und 21. März und 4. April statt.

Abonnementbillets à 2 Thlr. (Loge und Gallerie) und à 1 Thlr. 15 Sgr. (Saal) sind in der Buch- und Musikalien-Handlung von **Julius Hainauer,** Schweidnitzerstr. Nr. 52, zu haben.

Das Comité.

Sonnabend, den 11. Februar,

Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr,

im Musik-Saale der kgl. Universität,

Fünfte

Quartett-Soirée

(Zweite des II. Cyclus)

der

Gebrüder Müller.

Programm.

1) **Mozart,** Quartett in D.
2) **Raff.** Quartett in D-moll. Op. 77. (Neu.)
3) **Beethoven,** Quartett in A. Op. 18. Nr. 5.

Dritte u. letzte Soirée:

Mittwoch, den 15. Februar.

Billets, numerirt à 1 Thlr., nicht numerirt à 20 Sgr., sind in der **Buch- u. Musikalienhandlung F. E. C. Leuckart** (Kupferschmiedestrasse Nr. 13, Ecke der Schuhbrücke Nr. 27) zu haben. [1463]

Oels.

Sonntag, den 12. Februar,

im Saale des Gasthofes zum blauen Hirsch, Abends 6 Uhr:

CONCERT

der [1464]

Gebr. Müller.

Bei meiner Abreise nach Breslau sage ich allen lieben Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Polkwitz, am 10. Februar 1865. [1874]

Mathilde Lachs, geb. **Sachs.**

Zweite Brüder-Gesellschaft.

Das Festessen findet Sonntag den 12. d. M. im Saale des Café restaurant statt. Gastbillets können bei Herrn **H. Joachimsohn,** Karlsstr. 23 im Empfang genommen werden. [1820] **Das Fest-Comite.**

Köln. Domb. Loose à 1 Thlr. — Hauptgew. 100,000 Thlr. — Ziehung Ende April. N. ausw. g. Postvorschuß. — **Schlesinger, Breslau Ring 52.**

Bekanntmachung.

Nachdem durch unsere Bekanntmachung vom 26. März v. J. die in § 25 sub 1. des Gütertarifs vom 1. April 1862 enthaltene Bestimmung wegen Berechnung der Fracht nach der Tragfähigkeit der zur Beladung benutzten Wagen auf solche Gegenstände beschränkt worden ist, welche wegen ihrer Länge nur auf Langholz- oder sogenannten Kesselwagen transportirt werden können, bei allen sonstigen Frachtgütern aber seitdem die Frachtberechnung nach dem wirklichen Gewicht stattfindet, so wird fortan in Abänderung der bezüglichen Vorschrift des gedachten Tarifs § 4 und 5 **ungepreßtes Heu** zum Frachtsatze der ermäßigten Klasse A. und **gepreßtes Heu** zum Frachtsatze der ermäßigten Klasse B. tarifirt werden.

Breslau, den 4. Februar 1865.

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn. [1461]

Niederschlesische Zweigbahn.

Die Lieferung von 5000 Stück eichenen Bahn- und circa 9000 laufende Fuß eichenen Weichen- und Rahmschwellen soll entweder im Ganzen oder in kleineren Loosen im Submissionswege vergeben werden.

Lieferungslustige werden ersucht, versiegelte Offerten mit der Aufschrift: „Submission auf die Lieferung von Bahnschwellen" versehen, bis spätestens eine Stunde vor dem am

Freitag den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr,

in unserem Hauptbureau stattfindenden Termine abzugeben, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten geöffnet werden sollen.

Die Lieferungsbedingungen sind auf den Stationen Waltersdorf, Sprottau und Sagan und in unserem Hauptbureau hier zur Einsicht ausgelegt, können auch von letzterem gegen Erstattung der Copialien bezogen werden. [1435]

Glogau, den 7. Februar 1865. **Die Direktion.**

Der **Verein schlesischer Spiritus-Fabrikanten** hält am **17. Februar, Vorm. 10 Uhr, in der goldnen Gans zu Breslau** eine **Sitzung** ab, zu welcher alle Mitglieder und Brennereibesitzer, die sich demselben anschließen wollen, hiermit eingeladen werden.

Der Aufruf des Herrn Vorsitzenden M. Elsner von Gronow im Haupttheile Nr. 69 dieser Zeitung enthält die Tagesordnung. [1458]

Breslau, den 8. Februar 1865. **Wilhelm Janke.**

Das 31. **Stiftungsfest** des **Vereins der Brüder und Freunde**

findet **den 14. Febuarr d. J.,** Abends 7 Uhr, im Café restaurant statt.

Billetausgabe für Mitglieder und Gäste den 10. und 11. d. M., Abends 6 bis 8 Uhr, im Ressourcen-Lokal, Graupenstraße 7/8. [1862] **Die Direktion.**

Concerte von der **Langenbielauer Musik-Gesellschaft** unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **A. Pfeiffer.**

Sonnabend,	den 11.	Februar:	Jordansmühl bei Puchelt.
Sonntag	„ 12.	„	Neumarkt im Baum'schen Hotel.
Montag	„ 13.	„	Dyhernfurth im schwarzen Adler.
Dinstag	„ 14.	„	Wohlau im ehem. Schützenhause.
Mittwoch	„ 15.	„	Kloster Leubus im schwarzen Adler.
Donnerstag	„ 16.	„	Lüssen in der Brauerei. [1428]

Geschäfts-Verlegung.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich meine [1868]

Colonial-Waaren-, Tabak- und Cigarren-Handlung

von der Schmiedebrücke Nr. 56

nach der **Schmiedebrücke Nr. 64 u. 65** verlegt habe.

Indem ich für das mir in meinem bisherigen Lokale geschenkte Vertrauen und Wohlwollen meinen ergebensten Dank abstatte, bitte ich gleichzeitig, mir dasselbe auch ferner geneigtest erhalten zu wollen.

H. R. Leyfer, Schmiedebrücke Nr. 64 u. 65.

Unser **Tabak- und Cigarren-Geschäft**

befindet sich **Schweidnitzerstraße Nr. 4,** im grünen Adler.

Breslau. [1815] **Nitschke & Hertzog.**

Bei der am 18. Januar d. J. abgehaltenen General-Versammlung der hiesigen Strom-Fahrzeug-Versicherungs-Gesellschaft ergab die Rechnung pro 1863/64:

Einnahme		6,527 Thlr.	9 Sgr.	8 Pf.
Ausgabe		6,511 „	8 „	11 „
einen Baarbestand		16 Thlr.	— Sgr.	9 Pf.
Bestand in Documenten		12,535 „	26 „	— „
an Fonds-Einlage-Resten		1,432 „	23 „	2 „
Zusammen		13,984 Thlr.	19 Sgr.	11 Pf.
Passiva ab		940 „	20 „	4 „
Verbleiben		13,043 Thlr.	29 Sgr.	7 Pf.
Hiervon kommen auf Reservefonds	10,199 Thlr. 21 Sgr. — Pf.			
auf pro 1862/63 vertheilte Dividende	1,654 „ 1 „ 6 „			
		ab 11,853 „	22 „	6 „
Pro 1863/64 bleibt Ueberschuß		1,190 Thlr.	7 Sgr.	1 Pf.

Dies wird zufolge § 35 des Statuts bekannt gemacht.

Neusalz a. O., den 8. Februar 1865. [1426]

Der Vorstand der Strom-Fahrzeug-Versicherungs-Gesellschaft.

In unser Firmen-Register ist heute

1. bei Nr. 1018. a. der Uebergang des von dem Königlichen Universitäts-Buchhändler **Ferdinand Hirt** hierselbst betriebenen Sortimentsgeschäfts durch Kauf auf den Buchhändler **Max Mälzer** hier und das Erlöschen der für das Sortimentsgeschäft geführten Firma: **„Hirtsche Königliche Universitäts-Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur“,**

   b. die Aenderung der für das Verlagsgeschäft von dem 2c. **Hirt** bisher geführten Firma: **„Verlagsbuchhandlung von Ferdinand Hirt,** Königlichem Universitäts-Buchhändler“ in **„Ferdinand Hirt,** Verlags- und Königliche Universitäts-Buchhandlung“,
2. Nr. 1601. die Firma: **„Ferdinand Hirt,** Verlags- und Königliche Universitäts-Buchhandlung“ hier und als deren Inhaber der Königl. Universitäts-Buchhändler **Ferdinand Hirt** hier und
3. Nr. 1602. die Firma: **„Hirtsche Sortiments-Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur (Max Mälzer)“** hier und als deren Inhaber der Buchhändler **Max Mälzer** hier

eingetragen worden. [320]

Breslau, den 1. Februar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [321]

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 6 das Erlöschen der Firma: **G. v. Koschel** hier heut eingetragen worden.

Breslau, den 1. Februar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [322]

In unser Firmen-Register ist Nr. 1603 die Firma: **Moritz Baron jun.** hier, und als deren Inhaber der Kaufmann **Moritz Baron** hier, heute eingetragen worden.

Breslau, den 1. Februar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [39]

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Berliner-Straße Nr. 3 belegenen, auf 5385 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 13. März 1865, Vormitt. 11 Uhr, vor dem Stadt-Gerichts-Rath Fürst im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichtsgebäudes

anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden. Breslau, den 10. August 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[49] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Kleinen-Scheitnigerstraße unter Nr. 51 gelegenen, von dem Trennstücke des ehemaligen Grundstücks Nr. 4 und 18 der Kleinen-Scheitnigerstraße abgetrennten Vol. VIII. Fol. 177 des Hypothekenbuchs vom Sande, Dom, Hinterdom und Neu-Scheitnig verzeichneten, auf 13,294 Thlr. 3 Sgr. abgeschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin

auf den 19. April 1865, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Gerichts-Assessor Hensel im Berathungs-Zimmer im I. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer, aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 22. September 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[50] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier im Hypothekenbuche der Ohlauer-Vorstadt Vol. VIII. Fol. 185 verzeichneten, in der Löschstraße belegenen und zum Herrmannsbrunnen genannten, auf 12,922 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf. abgeschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin

auf den 11. April 1865, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Gerichts-Assessor Hensel

im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Bureau XII. eingesehen werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 20. September 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[58] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des dem Schmiedemeister **Carl Milde** gehörigen, von dem Grundstücke Nr. 19 der Vorwerksstraße hier abgetrennten, vol. VIII., fol. 345 des Hypothekenbuchs der Ohlauer-Vorstadt verzeichneten, auf 15,801 Thlr. 17 Sgr. 8½ Pf. abgeschätzten Grundstücks haben wir einen Termin

auf den 19. Juni 1865, Vormittags 11 Uhr, vor dem Stadt-Gerichts-Rath Fürst

im Berathungszimmer im 1. Stocke des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Breslau, den 25. November 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Der 5te Lehrerposten an der evangelischen Schule hierselbst wird mit Ende des Monats März d. J. vacant. Das Einkommen besteht in 180 Thlr. jährlich Gehalt, freier Wohnung und Brennmaterial.

Bewerbungen ersuchen wir unter Beifügung der Atteste bis Ende dieses Monats an uns gelangen zu lassen. [1384]

Trebnitz, den 6. Februar 1865.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf. [94]

Kreis-Gericht zu Lauban.

Das dem Gutsbesitzer **Kosche** zu Polnisch-Lissa gehörige sub Nr. zu Mittel-Schreibersdorf belegene Bauergut, abgeschätzt auf 9008 Thlr. 13 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem 3. Bureau einzusehenden Taxe soll

am 20. Juli 1865, Vorm. 10 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen spätestens in diesem Termine zu melden.

[319] **Bekanntmachung.**

Der bei uns angestellt gewesene, mit dem 1. Februar 1865 aus seinem Dienste geschiedene Stadt-Gerichts-Secretär und Salarien-Kassen-Controleur **Knobloch** hat eine Amts-Caution von 900 Thlr. niedergelegt, welche ihm zurückgegeben werden soll.

Alle, welche Ansprüche an diese Caution erheben wollen, werden aufgefordert, dieselbe spätestens in dem

auf den 22. Mai 1865,
Mittags 12 Uhr,

vor dem Stadtrichter Kinkeldey im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichtsgebäudes angesetzten Termine bei uns anzumelden, widrigenfalls sie ihrer Ansprüche an die Caution für verlustig erklärt, und lediglich an die Person des **Knobloch** werden verwiesen werden.

Breslau, den 2. Februar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[320] **Bekanntmachung.**

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Hugo Seidel** hier, ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkurs-Gläubiger noch eine zweite Frist

bis zum **28. Febr. 1865** einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 7. Januar bis zum 28. Februar 1865 angemeldeten Forderungen ist

auf den 23. März 1865, Vorm. 11½ Uhr, vor dem Kommissarius Stadtrichter Kinkeldey im Berathungszimmer im ersten Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes

anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen zur Prozeßführung bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwalte Brier und v. Dazur zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 1. Februar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[306] **Bekanntmachung.**

In dem Konkurse über das Vermögen der Weißwaarenhändlerin **Pauline Grätzer** zu Kattowitz, ist der Rechtsanwalt Volkening zu Myslowitz zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden.

Beuthen OS., den 30. Jan. 1865.

Königl. Kreis-Gericht. Erste Abtheil.

Bekanntmachung. [314]

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 172 die Firma **J. Danziger** zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann **Jacob Danziger** daselbst am 4. Februar 1865 eingetragen worden.

Waldenburg, den 4. Februar 1865.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

[315] **Bekanntmachung.**

In unser Firmen-Register ist

sub Nr. 29 die Firma **Herrmann Deter** zu Heidersdorf, und als deren Inhaber der Kaufmann **Herrmann Paul Friedrich Deter** daselbst,

sub Nr. 30 die Firma **Th. Kahlert** zu Groß-Wilkau, und als deren Inhaber der Kretschambesitzer **Ernst Julius Theodor Kahlert** daselbst,

sub Nr. 31 die Firma **A. Jüttner** zu Nimptsch, und als deren Inhaber der Kaufmann **Amand Jüttner** hierselbst,

bei Nr. 17 aber das Erlöschen der Firma: **Reinhold Jänsch** zu Heidersdorf

heut eingetragen worden.

Nimptsch, den 3. Februar 1865.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Bekanntmachung. [304]

Nachdem dem Kreise Neisse die allerhöchste Genehmigung zum Bau einer Chaussee von Neisse nach Weidenau ertheilt worden ist, soll die Herstellung des ganzen, 2⅓ Meile langen Chaussee-Körpers mit alleinigem Ausschluß der Brücken über die Biele und über das weidenauer Wasser, der Baumpflanzung und der Zollhäuser, entweder im Ganzen oder in Loosen von mindestens 1 Meile Länge in Entreprise gegeben werden. Anschläge und nähere Bedingungen können bei dem Landraths-Amte zu Neisse eingesehen werden. Zur Uebernahme geneigte Bauunternehmer werden aufgefordert, ihre Gebote bis **spätestens zum 15. März d. J.** an das königl. Landraths-Amt versiegelt einzusenden, an welchem Tage die Eröffnung und Prüfung derselben in Gegenwart der etwa anwesenden Unternehmer erfolgen soll.

Neisse, den 5. Februar 1865.

Die kreisständ. Chaussee-Baucommission.
Freiherr von Seherr-Thoß.

Jagd-Verpachtung.

Sonntag den **19. Februar d. J.,** Nachmittags Punkt 3 Uhr, wird die Jagd auf hiesigem Territorio vom 3. April d. J. ab auf **sechs Jahre** meistbietend verpachtet werden. [1865]

Groß-Tschansch bei Breslau, 8. Febr. 1865.

Das Dorfgericht.

Aufforderung für Aerzte.

Durch den Wegzug des Hrn. Dr. Ehrlich und den vor 2 Jahren erfolgten Tod des Herrn Sanitätsrath Dr. Liebich, ist der Mangel an Aerzten für den hiesigen Ort und die Umgegend **sehr fühlbar** geworden, weshalb einem erfahrenen, wenn möglich verheiratheten Arzte, welcher zugleich Wundarzt und Geburtshelfer ist, bei einer baldigen Niederlassung hierselbst **eine außerordentliche Praxis** in Aussicht gestellt werden kann. [316]

Namslau, den 8. Februar 1865.

Der Magistrat.

Die Niederlassung eines prom. **Arztes,** welchem erforderlichen Falles für das erste Jahr eine Einnahme von 700 Thlrn. garantirt wird, ist für den hiesigen Ort und dessen volkreiche Umgegend ein dringendes Bedürfniß. Meldungen werden recht bald erbeten.

Marklissa, den 6. Februar 1865. [318]

Der Magistrat.

Pflasterungs-Verdingung.

Die Neupflasterung der Breslauer-Straße hierselbst, von der Chaussee über den Klosterplatz bis zum Anschlusse an die Trebnitz-Zdunier Aktien-Chaussee in einer Länge von 342 Q.-R. soll an einen geeigneten Unternehmer verdungen werden. Das Material wird von uns geliefert. Zur Entgegennahme der Gebote haben wir einen Termin auf den 6. März d. J., Früh 10 Uhr, auf dem Rathhause anberaumt und laden Unternehmer ein.

Bedingungen können bei uns eingesehen werden. Trebnitz, den 8. Februar 1865.

Der Magistrat. [317]

[1430] **Bekanntmachung.**

Der auf den 23. Februar anberaumte Termin zur Verpachtung des zum Rittergute Halbendorf gehörenden Vorwerks Schanz ist **auf den 23. März** verlegt worden.

Die Dominial-Verwaltung zu Halbendorf bei Oppeln.

Preis-Ermäßigung von Dufresne's Schachwerken.

Der Schachfreund (Lehrbuch), früher 1⅓ Thlr., **jetzt** 15 Sgr.,
Morphy's Schachwettkämpfe, früher 15 Sgr., **jetzt** 9 Sgr. [1441]
Zu beziehen durch jede Buchhandlung von **Carl Heymann's** Verlag (A. E. Wagner) in Berlin.

Bier-Brauerei zur Stadt Danzig,

Schmiedebrücke Nr. 58, in Breslau.

Bairisch-Bier. Weizen-Bier. Einfache Biere.

Gute Küche mit Mittagstisch im **Abonnement à 4 Sgr.** — Außer der reichhaltigen Speisekarte:

Jeden Dinstag und Freitag Fische,

wozu ergebenst einladet: [1179]

Oswald Berliner.

Im **Maßnehmen** und **Zuschneiden** von **Damen-Roben,** gründlich routinirte, und besonders geschickte **Damen-Kleidermacher** finden sogleich, unter den günstigsten Bedingungen **dauernde Aufnahme** im größten [1813]

Damen-Moden-Magazin des J. Kühmayer

zu Lemberg in Galizien.

Ein angenehmes Exterieure, als auch ein elegantes Benehmen im Geschäfte gegen Damen der höchsten Aristokratie, sind neben der gründlichen und praktischen Kenntniß des Obigen Hauptbedingungen. — Französisch Sprechende werden bevorzugt. — Offerten wollen, unter Anschluß der Photographie, direct unter obiger Adresse eingesendet werden.

Respiratoren **(Lungenschützer)**, genau nach des Erfinders Dr. **Jeffrays** System gefertigt, welche von **Autoritäten der Medicin** als praktisch und gut anerkannt sind, worüber Gutachten beigegeben werden, sind das geeignetste Mittel sich vor dem Einathmen kalter Luft zu schützen. Von allen praktischen Sorten hält stets großes Lager, **die Fabrik von Respiratoren in Breslau**

Haertel,

[1399] approb. Verfertiger chirurgischer Instrumente, Ohlauerstraße Nr. 29.

Für Restaurateure und Gastwirthe.

Hierdurch erlaube ich mir, Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß ich den Herren **M. Karfunkelstein und Comp.,** Schuhbrücke Nr. 53 in Breslau, die Niederlage und den Verkauf meiner Biere übergeben habe. Die bekannte vorzügliche Qualität meiner Biere veranlaßt mich, dieselben einer geneigten Beachtung zu empfehlen.

Reichthal pr. Namslau, im Februar 1865.

Heider, Brauereibesitzer.

Bezugnehmend auf obige Annonce, empfehlen wir dasselbe unseren hiesigen und auswärtigen Kunden zur gefälligen Abnahme und bemerken noch, daß dasselbe zu den bekannten **Tagespreisen** franko ins Haus und Bahnhof Breslau von uns geliefert wird.

M. Karfunkelstein und Comp.,

Niederlage in- und ausländischer Biere und Liqueur-Fabrik,

[1443] Comptoir: Schuhbrücke Nr. 53.

Gegen Gicht und Rheumatismus [1191]

als wirksamstes Mittel: **Waldwoll-Gichtwatte** zum Umhüllen, **Waldwoll-Oel** und **Spiritus** zu Einreibungen, Extract zu Bädern. **S. Grätzer,** Breslau, Ring Nr. 4.

Theodor Raymond's Pianoforte-Fabrik,

Neue-Taschenstraße Nr. 29, empfiehlt alle Arten **Flügel** und **Pianinos.**

Die Weinhandlung C. G. Gansauge in Breslau,

Reuschestraße Nr. 23,

empfiehlt zu den jetzt stattfindenden Fastnachtsfesten und Bällen gute feine

Wein-Bowle

und offerirt **Bischof-Bowle,** à Flasche 12½ Sgr., à Quart 17½ Sgr.,
Apfelsin-Bowle, „ 12½ „ „ 17½ „
in Partien billiger. [1455]

Einen neuen Transport [1456]

Astrachaner Caviar

von hellgrauer, wenig gesalzener Qualität

empfing und empfiehlt, so wie

Franz. Bouillon, Russische Schoten, Straßburger Gänseleber- und Wild-Pasteten, eingemachte Gemüse u. Compotfrüchte:

Eduard Scholz,

Ohlauerstraße Nr. 79, zu den zwei goldnen Löwen.

Hierdurch bringen wir zur Anzeige, dass uns von den Herren **J. D. Mutzenbecher Söhne** und **Aug. Jos. Schön & Co.** hierselbst, als Inhaber des **Guano-Dépôt der Peruanischen Regierung für Deutschland,** der nach hier kommende seebeschädigte echte Peruanische Guano käuflich überlassen und gestattet worden ist, denselben durch Trocknung zu einer in der Landwirthschaft zweckdienlich anwendbaren Waare wieder herzustellen. Nachdem uns letzteres gemäss den vorgenommenen Analysen vollständig gelungen ist, offeriren wir einem verehrlichen landwirthschaftlichen Publikum diesen getrockneten, seebeschädigten **echten Peru-Guano** unter Garantie für reine, unverfälschte Waare mit einem Stickstoffgehalt von mindestens 12½ pCt. zu den billigsten, seiner Qualität entsprechenden Preisen.

Den ausschliesslichen Verkauf dieses Guano für den Regierungsbezirk **Breslau** haben die Herren **Bülow & Co.** in **Breslau** übernommen, und sind bei denselben Proben, Analysen und billigste Preisnotirung entgegen zu nehmen. [985]

Hamburg, im Januar 1865. **Ohlendorff & Co.**

800,000 bis 1,000,000 Cubikfuß 100—150jähr. Holz ist fünf Chaussee-Meilen von der schiffbaren Oder und eine Meile von der Eisenbahn entfernt, in Theilen oder im Ganzen billig zu verkaufen.

Auf frankirte Anfragen unter der Chiffre A. Z. wird die Antwort durch Herrn **Emil Kabath,** Inh. des L. Stangen'schen Annoncen-Büreau in Breslau, Karlsstraße Nr. 42, gefälligst vermittelt. [1460]

Meine hierselbst, Kalischer Vorstadt, dicht an der Chaussee nach Ostrowo belegene **Gastwirthschaft** mit dem darauf ruhenden Realrechte der Schankgerechtigkeit, deren ungefährer Werth auf 1800 Thlr. angegeben wird, beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe: [1423]

Joseph Figas,
Gastwirth in Krotoschin, Provinz Posen.

Ein Fabrikgeschäft,

das schon eine Reihe von Jahren besteht, mit großer ausgedehnter Kundschaft, ist Familienverhältnisse wegen zu verkaufen.

6—8000 Thlr. sind dazu erforderlich.

Nur schriftliche Offerten unter der Chiffre B. C. 8 wird Herr **Emil Kabath, Inhaber des L. Stangen'schen Annoncen-Büreaus,** Breslau, Karlsstraße 42, weiter zu befördern die Güte haben. [1457]

Kalk-Verkauf.

Meine Kalköfen sind wieder in Betrieb gesetzt und ist nun stets frischer Kalk zu haben. Bestellungen bitte ich so zu machen, daß nöthigenfalls noch vor der Abholung geantwortet werden kann. [1432]

Erfolgt keine Antwort, so kann sicher auf die bestellte Quantität gerechnet werden.

Dieser Kalk bewährt sich als ein vorzügliches Düngmittel immer mehr und hat man auch die Ueberzeugung gewonnen, daß er als Baukalk anderem vorzuziehen, weil er rascher und besser bindet und das Gebäude früher trocken macht.

Oppeln. **Reymann,**
Rittmeister a. D. und Gutsbesitzer.

Zur Saat empfiehlt das Domium **Kottlischowitz** bei Tost mittelfrühen amerikanischen [1453]

Staudenhafer.

Gewicht 61 Pfd. netto der Scheffel.



Alle mar. und geräuch. Fischwaaren, geräucherte Schotten-Heringe, aus meiner Herings-Räucherei, so wie alle Sorten Salz-Heringe, das Schock von 17½ Sgr. an bei **J. Peukert,** Nikolaistraße 54, Ecke Grenzhausgasse in Breslau.

Ein Gasthof

in einer der besten Provinzialstädte Mittel-Schlesiens, mit ganz vorzüglicher Nahrung, soll verkauft werden. Anzahlung 4000 Thlr. Auskunft wird ertheilt: Kleinburgerstr. Nr. 7, 1. Etage rechts. [1447]

Ein Haus [1448]

in der Nähe des Central-Bahnhofes soll für 18,500 Thlr., bei 3000 Thlr. Anzahlung, verkauft werden. Hypothekenstand fest. Näheres hierüber: Kleinburgerstr. 7, 1. Etage rechts.

Eine bereits in schwunghaftem Betriebe befindliche Anstalt für künstliche Mineral-Wasser ist wegen anderweitigen Unternehmens des jetzigen Besitzers sofort unter günstigen Bedingungen, bei einer Anzahlung von 600 bis 700 Thlr. zu verkaufen. Hierauf Reflectirende, welche entweder den Betrieb fortsetzen, oder nur die Apparate käuflich übernehmen wollen, belieben sich franco an Herrn Kaufmann **Julius Kahnt** in Sprottau zu wenden.

Ein Wohnhaus auf dem Lande,

5 bis 6 Zimmer enthaltend, nebst Stall, Scheune, Garten, und zur Unterhaltung von 2 Pferden und 2 Kühen, ausreichendem Acker- und Wiesen-Lande wird zu pachten oder zu kaufen gewünscht. — Franco-Offerten mit Angabe der Bedingungen werden unter L. N. Frankfurt a. O. poste restante erbeten.

---

150 Stück Mutterschafe,



jung, mit edlen Böcken zugekommen, zur Zucht tauglich, und eben so viel **Schöpse** stehen zum Verkauf auf dem Dominium Bürgsdorf bei Constadt. [1173]

von Pannwitz.

Asphalt-Arbeiten

werden bei Verwendung von nur **natürlichem Asphalt** unter **Garantie** für Haltbarkeit, zweckmäßige und prompte Ausführung und Normirung der möglichst billigsten Preise [1234]

ausgeführt von

Breslauer-Asphalt-Comptoir
R. Stiller, Albrechtsstraße Nr. 35,
im Hause des Schlesischen Bank-Vereins.

Ein echter eleganter Rokoko-Schrank, aus einem kurfürstlichen Schloß herrührend, steht zur Ansicht und zum Verkauf in Breslau. Näheres im Comptoir der **Gebrüder Selbstherr,** Junkernstraße 19, zu erfragen. [1853]

Ein rentables Stampfwerk, Holzraspel, betrieben durch eine 12pferdige Locomobile, ist zu verkaufen und sofort zu übernehmen. Auskunft ertheilen die Herren **C. R. Kißner & Co.** in Breslau, Albrechtsstr. 25. [1863]

Auf dem Dom. Dollern, Kreis Trebnitz, sind **80 gemästete Schafe,** Muttervieh, verkäuflich. [1870]

Für den Absatz gangbarer Fabrik-Artikel nach der sächsischen Oberlausitz und Dresden — bei persönlicher Vertretung — kann ein in Sachsen ansässiger, sehr zuverlässiger Mann nachgewiesen werden durch [1856]

Gustav Kopisch, Neumarkt Nr. 8.

Pecco-Thee mit Blüthen, direkt aus Petersburg, in verschiedenen Sorten, gut und billig, empfiehlt [1869]

Gabrielli, Bahnhofsstr. 10, 2. Stock.

Die Preß-Hefen-Fabrik
zu Cziasnau pr. Ponoschau O.S.,
offerirt täglich frische Preßhefen von reinem Getreide, weißer zarter Beschaffenheit und vorzüglich treibender Kraft. [944]

Warme Fußbekleidung:

Düffel-Schuhe

mit Gummisohlen und Gummibesatz und

Gummischuhe,

bestes französisches Fabrikat, offerirt billigst:

Robert Brendel,
Riemerzeile Nr. 15. [1871]

Petroleum-Tisch- u. Hängelampen

von 1 Thlr. an,

Petroleum-Wandlampen

von 20 Sgr. an,

Petroleum-Küchenlampen

von 15 Sgr. an,

Petroleum-Nachtlampen

von 5 Sgr. an,
empfiehlt: [1864]

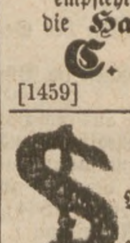
D. Wurm, Nikolaistraße Nr. 16.

Preßhefe,

von vorzüglichster Güte,
täglich frisch,
empfiehlt zum billigsten Fabrikpreise
die **Haupt-Niederlage** bei

C. W. Schiff,

[1459] Reuschestraße 58/59.



Grünen und geräucherten

Rhein-Lachs,

Neunaugen, Astr. Caviar, Kr.-Anchovis, Sardinen, gewässerten und trocknen [1450]

Stockfisch,

centnerweise, je nach Belieben, auch allerbeste Jäger-Heringe bei

G. Donner, Stockgasse 29, Neumarkt 44.

NB. **Seedorsch** u. **Hamburger Speckbücklinge** sind heute angekommen. D. O.

Türkische Pflaumen

empfing in neuer Zusendung und empfiehlt:

[1861] **Fedor Riedel.**

Schärpenbänder, Blumen und Filzschuhe zu bedeut. herabges. Preisen, Schmiedebr. 28.

Stearin- u. Paraffinkerzen, Wiener Apollokerzen, Wiener Streichhölzer,

verkauft zu Fabrikpreisen:

D. Wurm, Nikolaistraße 16.

Frische Hasen,

gespickt à Stück 16 bis 18 Sgr., sowie Rothwild, Rehwild, Schwarzwild, Fasanen, Rebhühner, empfiehlt [1859] **R. Koch,** Ring Nr. 7.

Prima-Schweine-Schmalz,

sowohl amerikanisches als ungarisches, empfiehlt im Ganzen wie ausgestochen:

[1860] **Fedor Riedel.**

Auf einer königlichen Domaine in Oberschlesien findet eine gebildete Dame in gesetzten Jahren zur Führung des Haushaltes bei einem unverheiratheten Herrn Stellung. Nur auf wohlempfohlene Persönlichkeiten, welche polnisch sprechen, wird reflectirt. Frankirte Zuschriften sub W. B. übernimmt die Expedition der Breslauer Zeitung. [1385]

Eine Dame gebildeten Standes, gesetzten Alters, welche, verlaßbar im Umgange mit Kindern, geneigt ist, während des Tages die Leitung eines bescheidenen, anständigen Hausstandes hierselbst und die Beaufsichtigung von Kindern zu übernehmen, findet **sofort** annehmbare Stellung. Offerten: v. H. an die Exped. d. Bresl. Ztg. franco. [1465]

Avis!

Für unsere Fabrik suchen wir einen routinirten, gut empfohlenen Reisenden zum sofortigen Antritt; ebenso gute Agenten zur Vertretung unserer Fabrikate. Anmeld. franco.

Rudolstadt in Thüringen. [1434]

Frank & Zwanzig,
Parfümerie- und Toilettenseifen-Fabrik.

Unsere so sehr beliebte französische Toiletten-Fettseife halten wir hierbei geehrten Abnehmern gleichzeitig bestens empfohlen.

Frank & Zwanzig.

Ein gewandter, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger

Verkäufer

kann für mein Manufacturwaarengeschäft placirt werden.

Nur tüchtige qualificirte Bewerber werden berücksichtigt. [1427]

Posen. **Robert Schmidt.**

Für ein Mühlengeschäft wird ein umsichtiger, geschäftskundiger und zuverlässiger **Buchhalter,** der doppelten italienischen Buchführung und der Correspondenz kundig, welcher rasch und **sicher rechnet** und die **Controle der Mahlmühle** mit übernehmen muß, zu engagiren gesucht. Frankirte Anmeldungen erbittet man unter E. J. poste restante Kattowitz. [1431]

Für ein renommirtes Destillations-Geschäft wird ein mit Buchführung und Correspondenz vertrauter **Commis** unter günstigen Bedingungen zu engagiren gewünscht. Ferner können mehrere gut empfohlene **Materialisten** vortheilhafte Engagements (bei guter Handschrift auch Comptoirstellen) nachgewiesen erhalten. **A. Götsch & Co.** in **Berlin,**

[1388] Zimmerstraße 48a.

Ein Commis,

nicht zu jung, umsichtiger gewandter Specerist, welcher auch Kenntniß vom Delicatessen-Geschäft haben muß, kann sich nebst abschriftlicher Beifügung seiner Zeugnisse, unter frankirter Adresse: F. K. an die Expedition der Breslauer Zeitung für ein hiesiges Geschäft melden. [1866]

Ein unverheiratheter **Wirthschaftsbeamter,** der polnischen Sprache mächtig, welcher thätig, nüchtern und rechtschaffen ist und den Flachsbau, so wie dessen Bereitung versteht, wird angenommen von dem Dominium **Borkowitz** bei Creutzburg OS. [1382]

Verlag von **Eduard Trewendt** in Breslau.

Vorräthig in allen Buchhandlungen:

Der Preußische Gast-, Schank- und Speise-Wirth. Gesetze und Erläuterungen über den Betrieb der Gast-, Schank- und Speise-Wirthschaft, sowie des Getränke-Kleinhandels Ein praktisches Handbuch für Verwaltungs-, Communal- und Polizei-Behörden, Polizei-Anwälte und Gutsherrschaften, namentlich aber für Gastwirthe, Schankwirthe, Speisewirthe, Getränke-Kleinhändler 2c. und Diejenigen, welche es werden wollen. Von **C. G. Herrmann.** 8. 3¼ Bogen. Eleg. brosch. **Preis 5 Sgr.** [615]

Ein tüchtiger **Reisender,** der bereits für ein Destillationsgeschäft gereist, kann sich zum baldigen Antritt bei mir melden. — Offerten franco. [1466]

Heinrich Hirschfeld in Schweidnitz.

Ein tüchtiger gut empfohlener, noch im Dienst stehender Rentmeister und Polizei-Verwalter, mittler 30er, mit Mühlenbetrieb und Buchführung vertraut, sucht z. 1. April d. J. anderw. Stellung. Hr **Moritz Schlesinger** in Oppeln ertheilt auf gefällige fr. Anfragen nähere Auskunft. [1425]

Ein junger Mensch, Sohn rechtlicher Eltern, mit guten Schulkenntnissen versehen, der Lust hat, das Ledergeschäft zu erlernen, kann sich melden bei **Max Bremer** in Leobschütz.

Eine **Lehrlingsstelle** ist vacant in der Apotheke des **O. Maschke** in Breslau.

Zu vermiethen:
(Ring) am Rathhaus Nr. 27,
1. Stock, zum Verkaufslokal oder Comptoir, **2., 3.** und **4. Stock,** bisher möblirt vermiethet, würden dazu auf Wunsch auch die Möbel billigst abgelassen. Näheres Bahnhofstraße 17, bei **Linke.** [1855]

Der erste Stock ist Albrechtsstraße Nr. 37 Term. Ostern zu vermiethen. Näheres daselbst bei **Klos u. Eckhardt.** [1873]

Eine schöne Wohnung, zwei Stuben, Entree mit Küche und Zubehör, ist sofort oder von Ostern ab zu vermiethen. Näheres alte Taschenstraße Nr. 5 im Laden. [1857]

Wallstr. 14, 1. Etage, ist eine Wohnung, drei 2fenstrige Stuben, 2 Kabinette, Küche und verschließbares Entree für 250 Thlr. zu vermiethen und Ostern d. J. zu beziehen.



Kutscher: Wo logiren der Herr Baron?
Fremder: In **König's Hôtel, Albrechtsstr. 33.**

Preise der Cerealien.

Amtliche (Neumarkt) Notirungen.
Breslau, den 9. Februar 1865.

	feine,	mittle,	ord. Waare.	
Weizen, weißer	70— 73	68	60 —63	Sgr.
dito gelber	64 — 66	58	52—55	„
Neue Waare:				
Weizen, weißer	62 64	58	52—55	Sgr.
dito gelber	56—58	54	52	„
dito erwachsener	—	49	45 - 47	„
Roggen	40— 41	39	38	„
Gerste	34 — 36	33	30—32	„
Hafer	27 — 28	26	24—25	„
Erbsen	62— 64	60	54 - 57	„

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Winterraps	218	212	196	Sgr
Winterrübsen	206	202	186	„
Sommerrübsen...	184	176	156	„

Amtliche Börsennotiz für loco Kartoffel-Spiritus pro 100 Quart bei 80% Tralles 12 1/12 G. 12⅓ B.

8. u. 9. Febr.	Abs.10U.	Mg.6U.	Nchm.2U
Luftdr. bei 0°	328'''60	327'''94	329'''89
Luftwärme	— 6,0	— 4,0	— 2,4
Thaupunkt	— 7,8	— 6,1	— 4,2
Dunstsättigung	83pCt.	82pCt.	84pCt.
Wind	SO	SO	SW
Wetter	trübe	bedeckt	bedeckt

Breslauer Börse vom 9. Februar 1865. Amtliche Notirungen.

Weshsel-Course.		
Amsterdam..	kS	—
dito	2M	—
Hamburg....	kS	—
dito	2M	—
London.....	kS	—
dito	3M	—
Paris	2M	—
Wien öst. W.	2M	—
Frankfurt ...	2M	—
Augsburg ..	2M	—
Leipzig	2M	—
Warschau ..	8T	—

Gold- u. Papiergeld.	Brief.	Geld
Ducaten	96	—
Louisd'or	—	110
Poln. Bank-Bill	—	—
Russ. dito	79¼	78¾
Oesterr. Währg.	89 11/12	89 5/12

Inländ. Fonds.	Zf	Brief.	Geld.
Freiw. St.-A.	4½	—	—
Preus.A. 1850	4	97¾	—
dito 1852	4	97¾	—
dito 1854	4½	103¼	—
dito 1856	4½	103¼	—
dito 1859	5	106⅝	—
Präm.-A. 1854	3½	129	—
St.-Schuldsch.	3½	91¼	—
Bresl. St.-Obl.	4	—	—
dito	4½	—	—
Posen. Pfdbr.	4	—	—
dito	3½	—	—
Pos. Cred.-Pf.	4	95¼	—

	Zf	Brief.	Geld.
Schles. Pfdbr.			
à 1000 Th.	3½	92¼	92¾
dito Litt.A.	4	—	101 1/12
dito Rust.	4	101	—
dito Litt.C.	4	100¼	—
dito Litt.B.	4	—	101 1/12
dito	3½	—	—
Schl. Rentnbr.	4	98 11/12	98 5/12
Posen. dito	4	96 1/12	—
Schl.Prv.-Obl.	4½	—	—
Eisenb.-Prior.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	95¾	—
dito	4½	—	101
Köln-Mind.IV	4	92	—
dito V.	4	91½	—
Ndrschl.-Mrk.	4	—	—
dito Ser.IV.	5	—	—
Oberschles...	4	95¼	-
dito	4½	—	101
dito	3½	84¾	—
Kosel-Oderb.	4	—	—
dito	4½	—	—
dito Stamm-	5	—	—
Inl.Eisenb.-St.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	139½ B.	
Köln-Minden.	3½	—	
Neisse-Brieg.	4	91 B.	
Ndrschl.-Mrk.	4	—	
Obrschl. A. C.	3½	162¾ B.	
dito B.	3½	144½ B.	
Rheinische ..	4	—	
Kosel-Oderb.	4	60½à¾bz.B.	
Opp.-Tarnw.	4	79½ B.	

	Zf	
Ausländ. Fonds.		
Poln. Pfndbr.	4	75½ G.
dito Sch.-O.	4	—
Krak.-Obschl.	4	—
Oest. Nat.-A.	5	70¼ B.
Italien. Anl..	5	—
Oester. L. v. 60	5	84½ bz.B.
dito 64		
pr. St. 100 Fl.	—	52 B.
N.Oest.Slb.-A.	5	75½ B.
Ausländ. Eisenb.		
Wrsch.-Wien.	5	60 à ½ bz.
Fr.-W.-Nrdb.	4	75½ bz.
Mecklenburg	4	—
Mainz-Ldwgs.	4	—
Gal. Ludw.-B.		
Silb.-Prior.	5	86 B.
dito St.-P..		100 B.
Ind.-u. Bergw.-A.		
Schl. Feuer-V.	4	—
Min. Brgw.-A.	5	29 B.
Brsl. Gas-Act.	5	—
Schl. Znkh.-A.	—	—
dito St.-P.	4½	—
Preuss. und ausl. Bank-A. u. Obl.	4½	
Schles. Bank	4	109 B.
Schl. Bank.-V. Hyp.-Oblig.	4½	100 B.
Disc.-Com.-A.	4	—
Darmstädter.	4	—
Oester Credit	5	84¼ B.
Posn. Prov.-B.	4	—
Genf. Cred.-A	4	—

Die Börsen-Commission.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.